

# freiheit der wissenschaft

Nr. 2 • Juni 2006

F 1634 F

Herausgeber: Bund Freiheit der Wissenschaft

Lieber Leser	Seite 2
<b>Aus der Arbeit des Bundes Freiheit der Wissenschaft</b>	Seite 3
Ist Meinungsfreiheit möglich? Braucht eine Gesellschaft Tabus? Tagungsbericht von Brigitte Pötter	Seite 3
Die Otto-von-Guericke-Universität in Magdeburg Eine Reise der Sektion Berlin-Brandenburg	Seite. 6
Michael Röhring: Warum ist Fliegen sicher? Veranstaltungsbericht von Hans Joachim Geisler	Seite 8
<b>Nachgefragt:</b> Aktion Lebendiges Deutsch – Ein Interview mit Josef Kraus	Seite 11

## BLICKPUNKT UNIVERSITÄT

Professorensorge	Seite 12
Studentenproteste	Seite 12
Zank-Gerste	Seite 13

## FÖDERALISMUSDISKUSSION AUS SICHT DER VERBÄNDE

Deutscher Lehrerverband: Schulpolitik ist Ländersache	Seite 14
Deutscher Hochschulverband: In der „Föderalismusfalle“	Seite 15

## BERICHTE

Deutscher Schulbuchpreis 2006 für Ethik-Lehrbuch	Seite 16
Das Gymnasium – Zugpferd des Bildungswesens	Seite 17
50 Jahre Landeselternschaft der Gymnasien in Nordrhein-Westfalen	
Junge Wissenschaftler in der Diskussion – Tagung der Hanns-Martin-Schleyer-Stiftung	Seite 20
<b>Das Rütligeschwür</b> – Von Winfried Holzapfel	Seite 21

## BÜCHERREVUE

Wissenschaft und Bildung	Seite 23
Recht und Politik	Seite 25
Philosophie und Gesellschaft	Seite 27

**Ernst Nolte und der Historikerstreit im 3sat-Portrait – von Till Kinzel (S. 30)**

## freiheit der wissenschaft

Offizielles Organ des Bundes  
Freiheit der Wissenschaft e. V.

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte, Zeichnungen und Fotos und andere Beiträge übernimmt der Empfänger keine Haftung. Abdruck mit Quellenangabe und Belegexemplar gestattet.

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Ansicht von Herausgeber und Redaktion dar, sondern die persönliche Meinung des Verfassers.

Zuschriften und Stellungnahmen zu Themen und Artikeln dieses Heftes sind willkommen. Wiedergabe und redaktionelle Kürzungen bleiben vorbehalten. „freiheit der wissenschaft“ erscheint in herkömmlicher Rechtschreibung.

**Herausgeber:** Vorstand des Bundes Freiheit der Wissenschaft e. V.

**Redaktion:** Dr. Winfried Holzapfel

### Verbandsgeschäftsstelle:

Postanschrift:  
Charlottenstraße 65,  
10117 Berlin-Mitte (U-Bahnhof  
Stadtmitte, nahe Gendarmenmarkt)

**Büro:** Petra Schauf

Die Geschäftsstelle dient auch als Kontakt- und Informationsstelle.

Für größere Veranstaltungen steht ein Hörsaal zur Verfügung.

Telefon: (0 30) 20 45 47 04  
Fax: (0 30) 20 45 47 06

### E-Mail:

bund.freiheit.wissenschaft  
@t-online.de

### Internet:

<http://www.bund-freiheit-der-wissenschaft.de>

### Bankverbindung:

Deutsche Bank AG, Bonn  
(BLZ 380 700 24), Kto. 0 233 858

Verlag, Herstellung und Anzeigen:  
Vereinigte Verlagsanstalten GmbH,  
Höherweg 278, 40231 Düsseldorf  
Internet: [www.vva.de](http://www.vva.de)  
E-Mail: [info@vva.de](mailto:info@vva.de)  
Anzeigenleitung: Ulrike Niggemann  
Anzeigenverkauf:  
Panagiotis Chrissovergis  
Tel. 02 01/87 12 69 45  
Fax. 02 01/87 12 69 42

Anzeigentarif Nr. 12  
ISSB 0343-7752

# Lieber Leser,

die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft nimmt die Fußballweltmeisterschaft zum Anlaß, um gegen die Nationalhymne foul zu spielen.

Die GEW könnte etwas Nachhilfe gebrauchen. Dazu eignet sich vielleicht der Briefwechsel zwischen Bundespräsident Richard von Weizsäcker und Bundeskanzler Helmut Kohl aus dem Jahre 1991 anlässlich der Einführung der dritten Strophe des Deutschlandliedes als Nationalhymne des wiedervereinten Deutschlands.



**Dr. Winfried Holzapfel ist einer der Vorsitzenden des Bundes Freiheit der Wissenschaft**

Bundespräsident Richard von Weizsäcker schrieb am 19. August 1991:

*„Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,*

*die staatliche Einheit der Deutschen wurde rechtlich durch den Einigungsvertrag und den Beitritt der ehemaligen DDR zur Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes vollzogen.*

*Seit dem 3. Oktober 1990 gilt auch die Nationalhymne der bisherigen Bundesrepublik für das vereinte deutsche Volk.*

*Das „Lied der Deutschen“, von Hoffmann von Fallersleben vor hundertfünfzig Jahren in lauterem Gedanken verfaßt, ist seither selbst der deutschen Geschichte ausgesetzt gewesen. Es wurde geachtet und bekämpft, als Zeichen der Zusammengehörigkeit und gemeinsamen Verantwortung verstanden, aber auch in nationalistischer Übersteigerung mißbraucht.*

*Als ein Dokument deutscher Geschichte bildet es in allen seinen Strophen eine Einheit.*

*Auf Grund des Briefwechsels zwischen Bundespräsident Heuss und Bundeskanzler Adenauer vom 29. April/2. Mai 1952 hat sich im Laufe der vergangenen Jahrzehnte die 3. Strophe des Liedes mit der Musik von Haydn als Hymne der Bundesrepublik Deutschland im Bewußtsein der Bevölkerung fest verankert.*

*Gerade in der Zeit der Teilung hat sie den tiefen Wunsch der Deutschen nach Rechtsstaatlichkeit und nach Einheit in Freiheit ausgedrückt.*

*Dieses Ziel haben sich unsere Landsleute in den Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen und im Ostteil von Berlin friedlich errungen.*

*Die 3. Strophe des Hoffmann-Haydn'schen Liedes hat sich als Symbol bewährt. Sie wird im In- und Ausland gespielt, gesungen und geachtet. Sie bringt die Werte verbindlich zum Ausdruck, denen wir uns als Deutsche, als Europäer und als Teil der Völkergemeinschaft verpflichtet fühlen.*

*Die 3. Strophe des Liedes der Deutschen von Hoffmann von Fallersleben mit der Melodie von Joseph Haydn ist die Nationalhymne für das deutsche Volk.“*

Bundeskanzler Helmut Kohl antwortete am 21. August 1991:

*„Sehr geehrter Herr Bundespräsident,*

*„Einigkeit und Recht und Freiheit“ – mit diesem Dreiklang gelang es uns, nach 1949 die erfolgreichste rechtsstaatliche Demokratie unserer Geschichte zu gestalten und den Wunsch nach nationaler Einheit wachzuhalten.*

*Der Wunsch aller Deutschen, die Einheit ihres Vaterlandes in Freiheit zu vollenden, kam im Deutschlandlied besonders eindringlich zum Ausdruck.*

*Heute, nach der Wiedervereinigung Deutschlands, verpflichtet uns auch das Deutschlandlied, für die Menschen in den neuen Bundesländern eine rechtsstaatliche Ordnung zu verwirklichen.*

*Der Wille der Deutschen zur Einheit in freier Selbstbestimmung ist die zentrale Aussage der 3. Strophe des Deutschlandliedes. Deshalb stimme ich Ihnen namens der Bundesregierung zu, daß sie Nationalhymne der Bundesrepublik Deutschland ist.“*

Das ist doch eine wirklich gute Begründung. Der GEW aber müßte man, um in der Sprache der Sportler zu bleiben, „die rote Karte zeigen“. Aber sie ist ja sowieso im Abseits.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Winfried Holzapfel

# Aus der Arbeit des Bundes Freiheit der Wissenschaft

Die Tagung „Ist Meinungsfreiheit möglich? Braucht eine Gesellschaft Tabus?“ des Bundes Freiheit der Wissenschaft zusammen mit der Friedrich-Naumann-Stiftung fand vom 17. bis 19. Februar 2006 in Gummersbach statt. Die kurze Zeit zwischen der Tagung und dem Redaktionsschluß der März-Nummer unserer Zeitschrift reichte nicht aus, einen ausführlichen Bericht über die Referate und die Diskussion fertigzustellen. Er steht aber seit längerer Zeit auf unserer Website. Den Bericht finden Sie nun auch, wie angekündigt, in dieser Nummer der Zeitschrift.

Die Reaktionen auf die Tagung waren außergewöhnlich lebhaft und voller Zustimmung. Manche Vereinigungen haben den Einführungsvortrag von Ingo Pommerening auf ihre Website gestellt. In der März-Nummer war das Einführungsreferat von Professor Dr. Ingo Pommerening (FU Berlin) über die „Historische Entwicklung der Political Correctness in Amerika“ abge-

druckt. Uns liegen nicht die Manuskripte aller Referate vor, weil die Referenten zum Teil freisprachen. Die uns vorliegenden sind Ihnen auf unserer Website ([www.bund-freiheit-der-wissenschaft.de](http://www.bund-freiheit-der-wissenschaft.de)) zugänglich. Neben dem Referat von Ingo Pommerening finden Sie dort den Text von Professor Dr. Konrad Löw (Universität Bayreuth) über „Tabus in der Wissenschaft“. Professor Dr. Hermann Lübke (Universität Zürich) hat bei uns sein Referat zum Thema „Political Correctness – Über Tendenzen der Moralisierung des Wissens“ frei vorgetragen. Der Text auf der Website entspricht sinngemäß diesem Referat.

Seit einiger Zeit widmet sich der Bund Freiheit der Wissenschaft stärker Fragen der Berufsbildung. Über einen ganz besonderen Ausbildungsgang berichtete bereits in der Dezember-Nummer von „freiheit der wissenschaft“ Jonas Heise über die Ausbildung zum Lufthansa-Piloten. Bei einer Veranstaltung des Bundes Freiheit der Wissenschaft sprach am 31.

Mai 2006 im Hörsaal unserer Geschäftsstelle in Berlin Michael Röhring über das Thema „Warum ist Fliegen sicher?“ Er ist Langstrecken- und Ausbildungskapitän der Lufthansa auf der Boeing 747/400 („Jumbo“), war Mitglied der Auswahlkommission für den Pilotennachwuchs seit 1995 und leitete die Kommission von 1998 bis 2003. Im folgenden finden Sie einen Bericht über den interessanten Vortrag.

Die Sektion Berlin-Brandenburg des Bundes Freiheit der Wissenschaft hat am 27. Mai die erst 1993 gegründete Universität Magdeburg besucht. Wir stellen Ihnen diese sehr modern konzipierte Hochschule in einem Bericht vor.

Ernst Nolte gehört zu den Gründungsmitgliedern des Bundes Freiheit der Wissenschaft. Der Fernsehsender 3sat brachte am 22. Mai eine Dokumentation über ihn (Interview und Diskussion), in der auch der Bund Freiheit der Wissenschaft eine gewisse Rolle spielte. Über die Sendung wird in diesem Heft berichtet.

Wir verfolgen aufmerksam die Arbeit anderer bildungspolitischer Organisationen und Vereinigungen und arbeiten mit vielen von ihnen zusammen. So finden Sie im folgenden Berichte über Veranstaltungen der Landeselternschaft der Gymnasien Nordrhein-Westfalen, vor der unser Vorstandsmitglied Josef Kraus, Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, einen Vortrag gehalten hat mit dem Titel „Das Gymnasium – Zugpferd des Bildungswesens“; der Gesellschaft „Lernen für die Deutsche und Europäische Zukunft e. V. (LDEZ)“ über die Verleihung des Deutschen Schulbuchpreises im Mai in Bielefeld und der Hanns Martin Schleyer-Stiftung, die am 8. und 9. Juni. 2006 in Köln einen Kongreß „Junge Naturwissenschaft und Praxis“ veranstaltet hat. Zum Thema Hauptschulen in Berlin (Rütli-Schule!) zitieren wir Stellungnahmen des Fachausschusses Schulpolitik der CDU Berlin und des Vereins katholischer deutscher Lehrerinnen (VkdL).

Hans Joachim Geisler

## Tagungsbericht

### „Ist Meinungsfreiheit möglich? Braucht eine Gesellschaft Tabus?“

„Ist Meinungsfreiheit möglich? Braucht eine Gesellschaft Tabus?“ Zu diesem Thema fand vom 17. bis 19. Februar in der Theodor-Heuss-Akademie in Gummersbach eine Tagung des Bundes Freiheit der Wissenschaft in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Naumann-Stiftung statt.

Eine Zusammenfassung von Dr. Brigitte Pötter



Frau Dr. Brigitte Pötter – mit Wolfgang Müller (Friedrich-Naumann-Stiftung) zusammen Vorbereiterin und Leiterin der Tagung in Gummersbach

Von vielen wird schon lange eine schleichende Aushöhlung des Grundrechtes auf Meinungsfreiheit behauptet. Haben sie damit recht?

Tabus schützen ein Thema vor der öffentlichen Diskussion. Ein Tabu entfaltet um so mehr Macht, je mehr Mitglieder der Gesellschaft sich an der Ausgrenzung eines Themas beteiligen. Wie entwickelt sich ein Thema zum Tabuthema, wer wird Meinungsführer und warum? Die Meinungsführer heute sind zweifellos andere als in früheren Jahrzehnten, aber gehen sie heute grundsätzlich an-

ders mit den „Andersdenkenden“ um?

Artikel 5, Abs. 1 des Grundgesetzes, der die Meinungsfreiheit garantiert, ist nach wie vor in Kraft, aber was widerfährt außerhalb des Justiziablen denen, die eine unliebsame, eine heute politisch nicht korrekte Meinung vertreten? Gilt die Freiheit der Wissenschaft für Tabuthemen? Wann und wodurch verliert ein Tabu seine Macht?

Die sehr gut besuchte Veranstaltung in Gummersbach hat die Entwicklungen der letzten Jahre kritisch durchleuchtet und dabei geholfen, die notwendigen von

den nicht akzeptablen Beschränkungen der Meinungsfreiheit zu unterscheiden und die wirklich oder vermeintlich vorhandenen, nicht durch das Grundgesetz festgelegten Beschränkungen der Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit herauszufiltern.

In dem vorliegenden zusammenfassenden Bericht sollen einige wesentliche Gedanken der Referenten zusammengefaßt werden. Die vollständigen Vorträge können, soweit sie zur Verfügung gestellt wurden, im Internet unter [www.bund-freiheit-der-wissenschaft.de](http://www.bund-freiheit-der-wissenschaft.de) nachgelesen werden.

# Aus der Arbeit des Bundes Freiheit der Wissenschaft

## „Historische Entwicklung der Political Correctness in Amerika“

In seinem Einführungsvortrag stellte Professor **Dr. Ingo Pommerening** (Berlin) die Entwicklung der politisch korrekten Sprache vor allem in den USA und England und ihre Auswirkungen dar. Von interessierter Seite wurden dort unliebsame Begriffe, von denen man annahm, daß unterschiedlichste Gruppierungen (Frauen, Homo-



Ingo Pommerening

sexuelle, Behinderte) sie als nachteilig empfinden könnten, durch „politisch korrekte“ Begriffe ersetzt. Man ersetzte sie durch „neutrale“ Formulierungen, man erfand neue Wörter oder es kam zu Bedeutungsveränderungen. Dadurch wurden etliche dieser Begriffe erfolgreich aus dem Sprachgebrauch getilgt. Bei denen, die die alten, nunmehr unerwünschten Ausdrücke gebrauchen, stellt sich unbewußt ein schlechtes Gewissen ein. „Dieses schlechte Gewissen wird von denen, die ‚politically correct‘ als Wertmaßstab verbreiten, bewußt induziert und dann instrumentalisiert. Auf dem Umweg über die Sprachveränderung wird also das Verhalten der Menschen gesteuert, und damit soll die gesellschaftliche Wirklichkeit verändert werden.“ Der Erfolg derartiger Bemühungen läßt sich ablesen an den neu erschaffenen Verhaltensregeln und Verwaltungsvorschriften in Universitäten und Unternehmen in den USA, an dort speziell einge-

richteten Beschwerdestellen und anderen Maßnahmen mit einschüchternder Wirkung auf Studenten und Lehrpersonal.

## „Sprache und Macht – Dissonanzen in den Erinnerungen an 1989/1990“

Unter einem anderen Aspekt war die Macht der Sprache auch das Thema von **Dr. Erhart Neubert** (Erfurt), der sich auf Victor Klemperers Analyse der totalitären Sprache („LTI“) und Hannah Arendts politisches Denken bezog. Die Einsicht Arendts wird durch die Geschichte des Zusammenbruchs der DDR bestätigt: Macht entsteht durch gegenseitiges Versprechen und gemeinsames Handeln. Allerdings wird die Gesellschaft auch sprach- und meinungsunfähig, wenn, wie im Totalitarismus, eine Gesellschaft atomisiert wird. Am Beispiel der gesellschaftlichen Entwicklungen in der DDR vor der Wende 1989/90 und danach zeigte Neubert, daß ein Volk sich durch Entwicklung und Etablierung einer „neuen Sprache“, die sich von der Sprache der Unterdrückter unterscheidet, von totalitären Herrschern befreien kann. Mit einer Fülle von Zitaten und Beispielen belegt Neubert die zu DDR-Zeiten vom Volk so genannte „Sklavensprache“ der Herrschenden, den subversiven Umgang der Bürger damit und die zuerst langsame, dann immer schnellere Wandlung der Sprache zum Ende der DDR, mit der sich die Erstarrung der Gesellschaft löste. Im Westen fand diese neue Sprache der Freiheit so wenig Widerhall wie im Osten die Sprache der Political Correctness. So herrscht auch 16 Jahre nach der Wiedervereinigung im Westen noch weitgehende Unkenntnis über die 40-jährige DDR-Diktatur. Andererseits funktionieren zahlreiche alte Denkmuster so, als gäbe es die DDR noch. Gegenwärtig ist die Rückkehr der alten Sprache, der alten Rituale zu beobachten – die Sprache der Kommunisten wirkt in den polemischen Begriffen

von „Antifaschismus“ bis „soziale Kälte“ – und leider finden die alten Osteliten im Westen Verbündete.

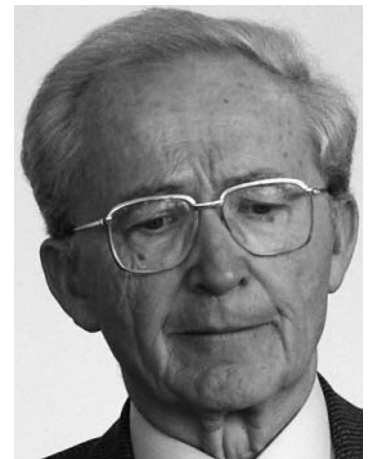
## „Empörungsortchester – Kostenasymmetrien in der Meinungsbildung, Beispiele und Theorie“

Es ist erstaunlich, aber die Regel, daß eine Mehrheit von einer Minderheit regiert wird, die den Anschein einer breiten Unterstützung durch die Öffentlichkeit erwecken kann. Das stellte Professor **Dr. Hartmut Kliemt** (Duisburg) zu Beginn seines Vortrags dar, um dann die klassische Frage „Sind die Mächtigen mächtig, weil wir ihnen gehorchen oder gehorchen wir den Mächtigen, weil sie mächtig sind?“ klassisch zu beantworten mit: „Beides ist wahr.“

Im freien Rechtsstaat gibt es keine allgemein verbindlichen Regeln darüber, was man zu denken oder nicht zu kritisieren hat. Im Gegensatz dazu ist festzustellen, daß zahlreiche Themen mit einem „Diskussionsverbot“ belegt sind oder das politisch korrekte Ergebnis gleichsam vorgeschrieben ist. Es stellt jedoch einen fundamentalen Unterschied dar, ob man eine Sache oder einen Wert an sich kritisiert und sich damit zu deren Gegner macht oder ob man herrschende Meinungen dazu diskutiert. In der öffentlichen Darstellung wird dieser Unterschied meist nicht beachtet. Einzelne Sätze des Gesagten werden aus dem Zusammenhang gerissen zitiert und rufen, von den Medien willfährig multipliziert, eine „konzertierte Empörung“ hervor, die zur Diffamierung des Gesagten und der Person führt. Dennoch, so ist Kliemt überzeugt, hat derjenige, der, wie z. B. Professoren, materiell abgesichert ist, die moralische Pflicht, wissenschaftliche Diskussionen auch tabuisierter Themen zu ermöglichen. Die u. U. damit verbundene öffentliche Brandmarkung ist schwer erträglich, muß aber in Kauf genommen werden, wenn die Professoren ihre Rollenpflicht erfüllen sollen.

## „Tabus in der Wissenschaft“

Diese Überzeugung vertritt auch Professor **Dr. Konrad Löw** (München), der seinen Vortrag mit Definitionen der Begriffe



Konrad Löw

Tabu und Wissenschaft begann. Er belegte, daß Tabus einer „Gesellschaft dazu dienen, eine einigermaßen verlässliche Basis, nicht nur in Verfassung, Wirtschaft, Verkehr etc., sondern auch in gewissen gemeinsamen Überzeugungen herzustellen“, daß Tabus aber auch ein mißbrauchtes Herrschaftsinstrument sein können und daß Wissenschaft den Charakter der Wissenschaftlichkeit einbüßt, wenn Tabus beachtet werden. Anhand der Zeitgeschichte beschrieb er eine Reihe von Beispielen, die den Konflikt zwischen Tabu und Wissenschaft betreffen. Es wird deutlich, daß ein Wissenschaftler auch heute alles sagen kann. Doch muß er das Risiko, bei einem Tabubruch aus der Wissenschaftsgemeinde ausgeschlossen zu werden, alleine tragen. Löw schilderte eigene Erfahrungen und die anderer Forscher und empfiehlt jungen Wissenschaftlern, sehr genau zu überlegen, ob sie dieses Risiko eingehen wollen. „Aber die Älteren unter uns, jene, die sich bereits in einer unkündbaren Position befinden, sollten sich als Menschen und Wissenschaftler verpflichtet fühlen, diesem ‚sanften Totalitarismus‘ die Stirne zu bieten. Die Risiken sind zwar nicht gering, Medien verschließen sich, Stiftungen gehen

auf Distanz. „Aber anders als in den dunkelsten Jahren der deutschen Geschichte ist weder das Leben noch die körperliche Freiheit bedroht. Als Gewinn lockt das Bewußtsein der Pflichterfüllung und der geistigen Unabhängigkeit.“

## „Das Beispiel von Henry Louis Mencken und die journalistische Praxis“

Als ein nachahmenswertes Beispiel für einen freien, unabhängigen Geist stellte **Lorenz Jäger** (Frankfurt) den amerikanischen Journalisten und Publizisten **Henry Louis Mencken** (1880–1956) vor, eine außergewöhnliche Persönlichkeit, die wortgewaltig und politisch unkorrekt alles aufspießte, was von der amerikanischen Political Correctness im Zeichen des Puritanismus als schutzwürdig deklariert worden war (z. B. im „Demokratenspiegel“). Im Deutschland der Gegenwart betreffen die eigentlichen Correctness-Debatten nach Jägers Darstellung die multikulturelle Gesellschaft. Jäger stellte ausführlich zwei Tabubrecher vor, die zu diesem Thema frühzeitig auf unorthodoxe Weise Stellung bezogen, den Briten **Enoch Powell** und den Franzosen **Jean Raspail**. Es herrschen Schweigespiralen (**Noelle-Neumann**), die Minderheitsmeinungen zur Meinung der Mehrheit befördern. Ein Kampagnen- und Tugendjournalismus stellt Sachverhalte in einen verkitschten Zusammenhang, um so ihre sachliche Diskussion zu tabuisieren. Demokratie hat geradezu den Charakter einer fundamentalistischen Utopie angenommen: Alle Menschen sollen in schlechthin allem gleich sein, die Benennung von Ungleichheiten gilt als Tabubruch. Man kämpft um die Meinungsfreiheit, allerdings lieber für Pakistan als für Deutschland, wie das Beispiel der (inzwischen aufgenommenen) Ausladung der „Jungen Freiheit“ von der Leipziger Buchmesse zeigt. „Jedoch scheint es im Moment, als seien

die Tabus, mit denen unsere Gesellschaft in den vergangenen Jahren leben mußte, am Abschmelzen.“ Der internationale Streit über die Mohammed-Karikaturen und der türkische Film „Tal der Wölfe“ haben dazu geführt, daß man in der Presse über vieles redet, was lange durch politische Rücksichtnahmen geschützt war. **Samuel Huntingtons** Formel vom „Kampf der Kulturen“, noch vor kurzem als Ausgeburt eines hoffnungslos reaktionären Denkens belächelt, hat den Weg in die Leitartikel der großen Zeitungen gefunden. Dennoch ist die Integrationsdebatte immer noch von dem Aberglauben bestimmt, daß derjenige gut ist, der an ein gutes Gelingen noch der illusorischsten Ideen des Multikulturalismus glaubt.

## „Political Correctness – Über Tendenzen der Moralisierung des Wissens“

Gründe für die Macht der Political Correctness und wirksame Gegenmittel beschrieb Professor **Dr. Herrmann Lübbe** (Zürich). Er stellte Freiheit als konfliktfreie Koexistenz von Unverein-



Herrmann Lübbe

barem dar, die mit Hilfe besonders strenger Regeln funktioniert, wie er am Beispiel der Religionsfreiheit in den USA erläuterte. Eine dieser Regeln erlaubt das Schweigen, das „Nicht-diskutieren-müssen“ von Dingen, mit denen man nichts zu tun haben möchte. Eine andere Regel lautet: „Wer mitreden will,

braucht ein Mandat.“ Nichtbeachtung führt zur „Vollversammlungsmentalität“. Die in früheren Zeiten „gemein verteilte Kompetenz“ (common sense nach **R. Specht**), die den Menschen die Entscheidung für oder gegen eine Sache ermöglichte und sie so zur wirklichen Wahl befähigte, ist heute durch die fortgeschrittene technische Entwicklung nicht mehr möglich. Für die Beurteilung zahlreicher Prozesse wird Expertenwissen benötigt, das nicht ausreichend zur Verfügung steht. So konnte sich allmählich das sogenannte Korrektheits-Wächtertum verbreiten: Die technisierte Welt scheint für den Bürger zu kompliziert geworden zu sein, gleichwohl ist er von modernen Entwicklungen direkt betroffen. Die allgemein verständliche Vermittlung von Expertenwissen findet so unvollständig statt, daß der unaufgeklärte Bürger sich nicht mehr der Entscheidung zwischen falsch und richtig stellen kann oder will, sondern sich mit Unterstützung selbsternannter Apostel auf die Moral von Gut und Böse zurückzieht und damit scheinbar den komplizierten Knoten auf einfache Weise zerschlägt. Das wirksamste Mittel dagegen ist – neben einer guten naturwissenschaftlichen Schulbildung, die auch zur Beurteilung von Expertenmeinungen befähigt – die Stärkung der Bürgerrechte z. B. durch Volksentscheide. Wer über Kernkraftwerke abstimmen soll, braucht Information und fordert sie ein. Das hat eine umwälzende Wirkung auf die Medien, die nun auf den Informationsbedarf der Bevölkerung reagieren müssen.

## „Meinungsfreiheit zwischen Verfassungsrecht und Politik“

Die rechtlichen Grundlagen der Meinungsfreiheit, ihre Einschränkungen und den schwierigen Umgang damit beleuchtete Professor **Dr. Stefan Huster** (Bochum). Artikel 5 des Grundgesetzes, das nach der Auslegung durch das Bundesverfassungsgericht Meinungsäußerungen,

nicht jedoch reine Tatsachenbehauptungen schützt, verhindert nicht den „Kampf der Meinungen“ zwischen öffentlicher Angelegenheit und Einzelinteresse. Einschränkungen des Rechts auf freie Meinungsäußerung können nur durch allgemeine Gesetze erfolgen. Wenn es zum Konflikt zwischen Meinungsfreiheit und anderen Rechtsgütern – persönlicher Ehre oder Menschenwürde – kommt, muß im Einzelfall gesondert entschieden werden. Man kann auf eine Reihe umstrittener Urteile zurückblicken, das bekannteste ist dasjenige, das die Aussage „Soldaten sind Mörder“ von der Meinungsfreiheit geschützt sieht. Urteile dieser Art führen zu einem Verschwimmen der Abgrenzung zwischen Meinungsäußerung und Tatsachenbehauptung und damit zu einer Verwilderung der Sitten, da jede strittige Tatsachenbehauptung nun mit möglichst polemischen Meinungsäußerungen verquickt werden muß, um rechtlich geschützt zu sein.

**Huster** sieht in der Rechtsprechung eine Tendenz zum Ersatz von allgemeinen Gesetzen durch Schaffung von Sonderrecht und deutet es als abnehmendes Vertrauen der Gesetzgeber in die eigene Urteilskraft der Bürger und als zunehmende staatliche Einflußnahme auf die öffentliche Meinungsbildung. Ein Beispiel dafür ist der seit dem Ende des 2. Weltkrieges veränderte juristische Umgang mit der Holocaust-Leugnung, bei dem man aus nüchterner juristischer Sicht verfassungsrechtliche Bedenken anmelden könnte: „Der neue § 130 III StGB sanktioniert das Äußern einer in seinem Tatbestand inhaltlich beschriebenen Meinung. Ist dieses Verbot mit der Schrankenregelung des Art. 5 II GG vereinbar? Diese Frage stellt sich insbesondere dann, wenn hier die Schranke der „allgemeinen Gesetze“ einschlägig ist, die derartiges Sonderrecht nach herkömmlicher Meinung gerade nicht zuläßt.“ § 130 StGB wurde 1994 verschärft, auch das Versammlungsrecht ist davon betroffen. Versammlungen kön-

nen nun nicht mehr nur dann verboten werden, wenn die „öffentliche Sicherheit“ gefährdet ist, sondern schon dann, wenn von einer Gefährdung der „öffentlichen Ordnung“ auszugehen ist, doch ist dieser Begriff weitaus weniger klar als der der „öffentlichen Sicherheit“.

## Fazit

Meinungsfreiheit wird auch in freiheitlich-demokratischen Gesellschaften vielfach durch Tabus eingeschränkt. Einschränkungen können dann allgemein als sinn-

voll angesehen werden, wenn entsprechende Tabus eine verlässliche Basis für das Zusammenleben in der Gesellschaft bilden. Anders aber bei Tabus, die Einzelne zur Machtausübung über die Mehrheit benutzen. Das Problem ist vielschichtig und aus soziologischer, wissenschaftlicher, politischer, juristischer, kultureller und nicht zuletzt persönlicher Sicht unterschiedlich zu bewerten. Freiheit ist kein Geschenk, Freiheit muß erkämpft und bewahrt werden. Die Bindung des Wissenschaftlers und Journalisten an Wahrheit und Wahrhaftigkeit leistet dazu einen unabdingbaren

Beitrag. Die Voraussetzung dafür aber sind Bildung, Wissen und Zivilcourage.

Dr. Brigitte Pötter ist Vorstandsmitglied der Sektion Berlin – Brandenburg des Bundes Freiheit der Wissenschaft

**Hinweis:** Das Eingangsreferat der Tagung über „Historische Entwicklung der Political Correctness in den USA“ von Ingo Pommerning (Foto S. 4) wurde bereits in der März-Ausgabe dieser Zeitschrift, mit einigen redaktionellen Änderungen des Verfassers versehen, gedruckt.

Der Vortrag „Political Correctness. Über die Moralisierung des Wissens“ von Hermann Lübke (Foto S. 5) kann ebenfalls unter [www.bund-freiheit-der-wissenschaft.de](http://www.bund-freiheit-der-wissenschaft.de) im Internet aufgerufen werden. Da Herr Professor Dr. Lübke den Vortrag frei gehalten hatte, hat er ihn nachträglich in diese schriftliche Fassung gebracht. Das Copyright liegt bei Herrn Professor Dr. Lübke.

Das Manuskript des Vortrags „Tabus in den Wissenschaften“ von Konrad Löw (Foto S. 4) kann jetzt im Internet aufgerufen werden unter [www.bund-freiheit-der-wissenschaft.de](http://www.bund-freiheit-der-wissenschaft.de).

## Jahresausflug der Sektion Berlin-Brandenburg

# Die Otto-von-Guericke-Universität in Magdeburg

Von Dr. Brigitte Pötter

Am 27. Mai 2006 war es wieder soweit. Die Sektion Berlin-Brandenburg unternahm ihren jährlichen Ausflug in eine nahe gelegene Universitätsstadt. Das Ziel war Magdeburg. Nach dem nun schon obligatorischen Sektfrühstück im Bus kamen wir pünktlich an.

Magdeburg ist eine alte, geschichtsträchtige Stadt, die im vergangenen Jahr ihr 1.200-jähriges Jubiläum feiern konnte. Zum ersten Mal wurde Magdeburg 805 im Diederhofsener Kapitular Karls des Großen urkundlich erwähnt.

Im Gegensatz dazu ist die am 3. November 1993 gegründete Otto-von-Guericke-Universität recht jung. Der stellvertretende Kanzler und Dezernent für Allgemeine Angelegenheiten, Herr Dr. Köhler, empfing uns sehr herzlich in einem der wenigen im Krieg nicht vollständig zerstörten Hochschulgebäude und gab uns einen informativen Überblick über Geschichte und Profil der Universität.

Bei ihrer Gründung wurden mehrere in Magdeburg bestehende

Hochschuleinrichtungen zusammengefaßt: die 1953 gegründete Hochschule für Schwermaschinenbau, aus der die Technische Universität hervorging, die Päd-

schaften Wirtschaftswissenschaften und in Medizin.

Von den zur Zeit ca. 12.000 Studenten studieren etwa 3.800 Geis-

ter-Studiengänge umgestellt worden und demnächst sollen zwölf Bachelor-Ausbildungen, auch in englischer Sprache, angeboten werden. Auf den Anteil von



Die Reisegruppe mit Herrn Dr. Köhler, dem stellvertretenden Kanzler der Universität (vordere Reihe Mitte).

agogische Hochschule und die medizinische Akademie.

Die Universität hat 9 Fakultäten und bietet 71 unterschiedliche Studiengänge in den Ingenieurwissenschaften, Geistes- und Sozialwissenschaften, Naturwis-

tes- und Sozialwissenschaften, 2.400 Wirtschaftswissenschaften, 1.200 Medizin und der größte Anteil von ca. 4.200 Technik und Naturwissenschaften.

Von den bewährten Diplom-Studiengängen sind einige auf Mas-

11,7% ausländischen Studenten ist die Universität sehr stolz und bietet ihnen vielfältige Unterstützung.

Die Studenten der relativ kleinen Universität genießen einen engen Kontakt zu den Hochschul-

# Schön, wenn man auf Sicherheit setzen kann

Kommen Sie zur HUK-COBURG. Fragen Sie Ihren Ansprechpartner nach den Tarifen für den öffentlichen Dienst. Und nehmen Sie als Neukunde und dbb-Mitglied den Extrabonus mit. Oder profitieren Sie von Beitragsrückerstattungen, die Sie außerhalb der Kfz-Versicherung erhalten können. Die Adresse Ihres nächsten Ansprechpartners finden Sie im örtlichen Telefonbuch.



**Extrabonus** und Beitragsrückerstattungen.  
Rufen Sie uns gleich an:  
**0180 2 153153\***  
Oder klicken Sie direkt auf [www.HUK.de](http://www.HUK.de).

\*6 Cent pro Anruf aus dem Festnetz der Deutschen Telekom AG.



**HUK-COBURG**  
Aus Tradition günstig

lehren. Das führt zu hoher Studienqualität, einem zügig zu absolvierenden Studium und zu großer Zufriedenheit der Studenten. Der Andrang ist so groß, daß Zulassungsbeschränkungen erforderlich sind. In den technischen Fächern hält die Universität einen Numerus clausus für überflüssig, denn die Anforderungen sind so hoch, daß ungeeignete Studenten von alleine aufgeben. Erfolgreiche Absolventen können teilweise zwischen mehreren Arbeitsplatzangeboten wählen.

Nachdem Herr Dr. Köhler das Forschungsprofil mit Exzellenzcentern, DFG-Sonderforschungsbereichen, zahlreichen angegliederten wissenschaftlichen Institu-

ten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen vorgestellt und viele Fragen beantwortet hatte, folgte eine Führung über den Campus am Universitätsplatz, in dessen Verlauf man natürlich auf eine Nachbildung der Magdeburger Halbkugeln des berühmten Namenspatrons der Universität stieß, und der mit einem Besuch der neuen Bibliothek eindrucksvoll endete.

Weiteres Wissenswertes kann der interessierte Leser auf den Internetseiten unter [www.uni-magdeburg.de](http://www.uni-magdeburg.de) nachlesen.

Leider war die große Ausstellung zum 1.200-jährigen Jubiläum der Stadt gerade eine Woche vorher

geschlossen worden, doch auch der geführte Stadtrundgang bot zahlreiche Zeugnisse der bewegten Stadtgeschichte. Magdeburg ist eine der ältesten Städte in den neuen Bundesländern, sie war Sitz des ersten deutschen Kaisers Otto I, dessen Grab im Dom wir natürlich besucht haben. Magdeburg war nicht nur Kaiserresidenz, sondern auch Hansestadt und preußische Festung, sie wurde in kriegerischen Auseinandersetzungen mehrfach zerstört und neu wieder aufgebaut. Einige Bauten sind erhalten geblieben oder wurden rekonstruiert. Rathaus, Kloster und Dom oder Magdeburger Reiter, das Denkmal Otto von Guericke sind touristische Attraktionen, ebenso wie das

kürzlich erbaute Hundertwasserhaus.

Unser Ausflug endete mit dem Besuch des Jahrtausendturms, für den leider viel zu wenig Zeit blieb. Die rundum gelungene Ausstellung über Erfindungen und sowohl geistige als auch technische Errungenschaften der Menschheit von den Anfängen bis heute ist außerordentlich interessant. Eine Vielzahl von engagierten und auskunftsfreudigen Mitarbeitern machte den Besuch zu einem besonderen Erlebnis.

Bei ihnen und allen anderen, die zum Gelingen des Tages beigetragen haben, bedanken wir uns herzlich. ■

Vortrag beim Bund Freiheit der Wissenschaft am 31. Mai 2006 in Berlin

## Michael Röhring: „Warum ist Fliegen sicher?“

Ein Bericht von Hans Joachim Geisler

Warum ist Fliegen sicher? Die Antwort liegt im Bereich der Auswahl und Ausbildung künftiger Piloten, also der Berufsbildung, einem Thema, das seit einiger Zeit zu den Schwerpunkten der Arbeit des Bundes Freiheit der Wissenschaft gehört.

Obwohl – vielleicht sogar weil es sich um einen ganz besonderen Ausbildungsgang handelt, gibt dieses Beispiel Stoff zum Nachdenken auch über andere Bereiche unseres Bildungssystems. Über die Ausbildung zum Piloten (Verkehrsflugzeugführer) bei der Deutschen Lufthansa hat schon Jonas Heise in der Dezember-Nummer von „Freiheit der Wissenschaft“ berichtet. Bei einer Veranstaltung des Bundes Freiheit der Wissenschaft sprach nun Michael Röhring am 31. Mai 2006 im Hörsaal unserer Geschäftsstelle in Berlin über das Thema „Warum ist Fliegen

sicher?“ Mit ihm konnten wir einen ganz besonders kompetenten Referenten gewinnen: Er ist Langstrecken- und Ausbildungskapitän (Checkkapitän) der Lufthansa auf der Boeing 747/400 („Jumbo“), war Mitglied der Auswahlkommission für den Pilotennachwuchs seit 1995 und leitete die Kommission von 1998 bis 2003.

Kapitän Röhring hat dargelegt, warum eine strenge Auswahl unter den zahlreichen Bewerbern nötig ist. Das machte er mit Abbildungen und Grafiken anschaulich, auf lebendige Weise und im Dialog mit den Teilnehmern.

### Flugsicherheit

Man darf Fliegen heute wirklich als sicher bezeichnen. Wie hoch die Sicherheitsstandards bei den führenden Fluggesellschaften sind – Röhring sprach natürlich

nur über seine Gesellschaft, die Lufthansa –, wurde an Vergleichen mit der „prognostizierten Zuverlässigkeit“ in ganz verschiedenen Gebieten deutlich. Die Lufthansa führt täglich 1.700 Flüge durch. Läge die pro-

Ausschuß (1 Prozent) bei der Industrieproduktion zugrunde, gäbe es bei der Lufthansa täglich 17 Flugunfälle. Fatale Behandlungsfehler in der Intensivmedizin der Krankenhäuser werden



*BFW-Vorsitzender Dr. Hans Joachim Geisler (rechts) begrüßt den Referenten, Flugkapitän Michael Röhring, und seine Gattin im Innenhof der Geschäftsstelle Charlottenstraße 65 in Berlin.*

*Foto: Jonas Heise*

gnostizierte Zuverlässigkeit „nur“ so hoch wie bei den Space-Shuttle-Flügen der Nasa (96 Prozent), müßte man täglich mit 68 Lufthansa-Unfällen rechnen. Legte man die Fehlertoleranz für

mit 1 Promille veranschlagt; bei der Lufthansa würde dies ca. zwei täglichen Unfällen (durchschnittlich 1,7) entsprechen. Demgegenüber fordert die Lufthansa für etwa drei Millionen



# Aus der Arbeit des Bundes Freiheit der Wissenschaft

Flüge, die während fünf Jahren stattfinden, eine Zuverlässigkeitsquote von 99,999999 Prozent bzw. eine Fehlertoleranz von 0,000001 Prozent! Wie kann man das erreichen?

wahltest das Leistungspotential nur bei 40 Prozent, die Leistungsdefizite bei 30 Prozent; von ihnen können 30 Prozent ihr Training nicht erfolgreich beenden (vgl. die Abbildungen).

er Zeitdruck festzustellen. Den Ausschlag gibt die Beurteilung des Flugkapitäns, der diesen Test leitet. Zum Schluß führt die Lufthansa eine medizinische Untersuchung der Flugtauglichkeit durch. Das Verfahren ist in dem erwähnten fdw-Artikel von Jonas Heise anschaulich geschildert.

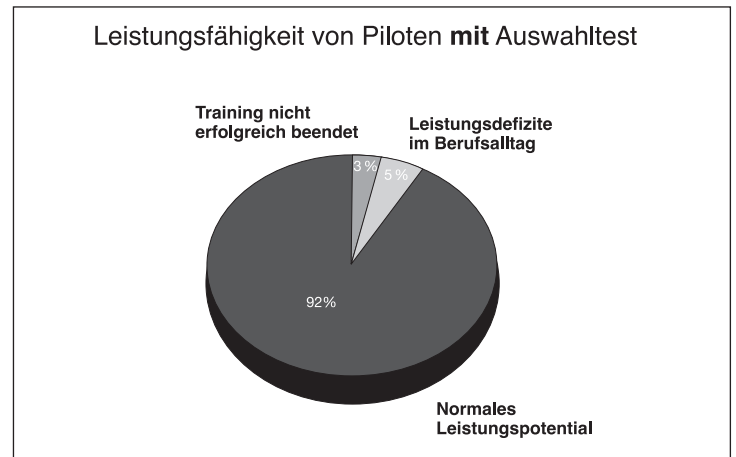
Nur 10 Prozent der Teilnehmer bestehen diese Tests. Sie gelten deshalb als sehr schwer, und oft melden sich weniger Bewerber, als die Lufthansa sich wünscht. Trotzdem werden die hohen Standards unverändert beibehalten. Die Tests sind sehr sorgfältig ausgearbeitet und weisen seit 50 Jahren eine Prognosequalität von 97 Prozent auf, das heißt, nur 3 Prozent der Bewerber er-

zent aller „Human errors“ in komplexen Situationen durch optimale soziale Interaktion im Cockpit-Team entschärft werden (vgl. oben zu Test 3). Teamgeist ist bei der Lufthansa nicht nur ein Schlagwort. Der Kapitän ist zwar letztlich der Alleinverantwortliche. Aber sein Kopilot darf, muß sogar vielleicht eine Entscheidung in Frage stellen, der Kapitän seine Entscheidung ggf. auch revidieren. Das ist keineswegs in allen Ländern selbstverständlich. Gebraucht werden also Leute, die offen sind und Kritik konstruktiv aufnehmen. Übrigens: Gerade in gefährlichen Situationen müssen sich die Piloten (neben Englisch) auch in ihrer Muttersprache verständigen können. Deshalb ist bei



Röhring wies nach, daß das entscheidende Sicherheitspotential einer Airline ein streng ausgewähltes, gut geschultes und nach hohen Standards immer wieder neu trainiertes Personal ist. Höchste Sicherheitsstandards und ein soweit wie irgend möglich unfallfreier Flugbetrieb sind natürlich auch für die wirtschaftlichen Interessen einer Luftfahrtgesellschaft unverzichtbar. Das erklärt, warum die Lufthansa die hohen Kosten einer eigenen Auswahl und Ausbildung ihrer künftigen Piloten in Kauf nimmt.

Entsprechend streng ist bei der Lufthansa das Auswahlverfahren für die Bewerber um die Pilotenausbildung. Es wird beim deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt in Hamburg durchgeführt, einer staatlich geförderten Forschungseinrichtung. Die Auswahl erfolgt in vier Stufen: Zuerst wird natürlich geprüft, ob die formalen Zulassungsvoraussetzungen vorliegen (Abitur, Gesundheitszeugnis, EU-Staatsbürgerschaft wegen der internationalen Einreisebestimmungen usw.). Wer dies erfüllt, wird zu den weiteren Tests zugelassen; es gibt keinen Numerus clausus. Dann wird in einer Grunduntersuchung durch Psychologen die Eignung bezüglich Grundkenntnissen (z.B. Mathematik, technisches Grundwissen, Englischkenntnisse) und Fähigkeiten (z.B. Raumorientierung, Psychomotorik) geprüft. Es folgt ein Persönlichkeitstest, durchgeführt von Flugkapitänen und Psychologen, um besonders die Fähigkeit zu Teamarbeit in komplexen und dynamischen Situationen, zu Konzentration und zu gleichzeitiger Mehrfacharbeit un-



reichen nach bestandem Test nicht ihr Berufsziel

Für die anschließende Pilotenausbildung durch die Lufthansa verweise ich wieder auf die Schilderung bei Jonas Heise.

Michael Röhring legte in seinem Vortrag an Hand von Statistiken dar, daß strenge Auswahl und sorgfältigste Ausbildung nachweislich die Sicherheit von Flügen einer Fluggesellschaft positiv beeinflussen, und zwar in einem erstaunlich hohen Maß. So können – um nur ein Beispiel zu nennen – beim Flugbetrieb 80 Pro-

der Lufthansa die gute Beherrschung des Deutschen eine Einstellungsvoraussetzung.

Für die Sicherheit des Flugbetriebs sind Pilotenauswahl und -schulung, dazu ein regelmäßiges und häufiges Training im Flugsimulator sehr wichtige Voraussetzungen, aber natürlich nicht die einzigen. Man denke an die Produktion und Wartung der Flugzeuge, die Einhaltung aller vorgeschriebenen Verfahrenswesen, z. B. der Ruhezeiten der Piloten, die Sorge für ein homogenes Team im Cockpit usw. Er-

## Auswahl und Ausbildung von Piloten bei der Lufthansa

Wer wird Pilot, worauf kommt es bei der Auswahl an, welche Rolle spielt die Persönlichkeit? Man kann statistisch nachweisen, daß Piloten, die einen Auswahltest bestehen mußten, im Berufsalltag ein Leistungspotential von 92 Prozent haben; sie zeigen nur 5 Prozent Leistungsdefizite, und nur 3 Prozent von ihnen beenden ihr Training nicht erfolgreich. Dagegen liegt bei Piloten ohne Aus-

**Darlehen supergünstig \*1) nominal 1,95% ab 2,34% effektiver Jahreszins**  
**Hypotheken- & Beamtendarlehensdiscounter** Vorortberatung wählbar alles kostenfrei  
 35-jährige Beraterkompetenz  
Beamtendarlehen supergünstig, z. B. Beamtin a. L. oder unkündbare Angest., 40 Jahre, 12 Jahre Lfz., bei 30 000,-€, mtl. \*342,-€, bei 60 000,-€, \*684,-€ Rate, jeweils inkl. Zins- und Lebensvers.-Prämie. Festzinsgarantie ges. Lfz. 5,37%, eff. Jahreszins 5,99%, b. 12 Jahre, bei Lfz. 14 Jahre eff. Zins ab 6,01%, max. Lfz. 20 Jahre. Kürzere Lfz. bei Gewinnanteilsverrechnung. \*1) Extradarlehen nominal 1,95% ab 2,34% eff. Jahreszins ab Zuteilung mit neuem Bausparvertrag. Supergünstige Hypotheken, mit 5% Sondertilgungsrecht. Beleihung bis 100%.  
**www.ak-finanz.de** AK-Finanz Kapitalvermittlungs-GmbH, Bismarckstr. 85, 67059 Ludwigshafen **Tel. 0800/1000 500**  
Telefax: (06 21) 51 94 88, Faxabruf: (06 21) 62 86 09 Gebührenfrei

# Aus der Arbeit des Bundes Freiheit der Wissenschaft

forderlich ist überhaupt eine ausgeprägte Sicherheitskultur, in der, wie bei der Lufthansa üblich, in bestimmten Situationen der Flugkapitän seine Entscheidungen allein nach Kriterien der Sicherheit trifft, ohne danach wegen wirtschaftlicher Nachteile für die Fluggesellschaft Repressionen befürchten zu müssen.

## Flugsicherheit

Diese die Flugsicherheit „stabilisierenden Strukturen“ einer Fluggesellschaft haben zusammen mit Pilotenauswahl, Pilotenschulung und Pilotentraining eine eklatante Auswirkung auf die Flugsicherheit. Hat eine Fluggesellschaft sehr gute „stabilisierende Strukturen“, eine strenge Pilotenauswahl, eigene Pilotenschulung, einen homogenen Personalkörper im Cockpit und führt alle 3 Monate ein Training im Flugsimulator durch, so muß man bei einer Million Flügen mit weniger als 0,2 fatalen Unfällen rechnen. Ist die Pilotenauswahl weniger streng, das Personal nur teilweise homogen, fehlt die eigene Pilotenschulung und findet das Training nur alle 3 bis 6 Monate statt, so steigt die zu erwartende Unfallzahl auch bei sonst sehr guten „stabilisierenden Strukturen“ auf mehr als 0,4. Verzichtet man ganz auf die eigene Pilotenauswahl und –schulung und auf homogenes Personal und begnügt sich mit einem Simulatortraining alle 12 Monate, so helfen auch gute „stabilisierende Strukturen“ wenig: man muß dann mit mehr als 1,2 fatalen Unfällen bei 1 Million Flügen rechnen. Verzichtet man gar ganz auf das Training und fehlen die stabilisierenden Strukturen, wird es gefährlich: mehr als 3,0 fatale Unfälle bei 1 Million Flügen drohen.

## Ein kombinierter Studiengang der Fachhochschule Bremen in Zusammenarbeit mit der Lufthansa

Der zweite Grund, warum sich der Bund Freiheit der Wissenschaft dem Thema gewidmet hat, liegt im Bereich der Fachhochschule. Der Bund Freiheit der Wissenschaft setzt sich nicht nur für den

Erhalt, sondern den Ausbau dieses Hochschulbereichs ein, in dem Praxis- und Berufsbezug an erster Stelle stehen, in klarem Unterschied zu den Universitäten, die in erster Linie von Theorie und Forschung geprägt sein müssen. Fachhochschulen sind ein Erfolgsmodell des deutschen Bildungswesens.

Die Ausbildung zum Piloten erfordert normalerweise kein Studium. Aber seit einigen Jahren bietet die Hochschule Bremen (Fachhochschule) in Zusammenarbeit mit der Lufthansa eine Kombination aus Ingenieur-Studium und Ausbildung zum Piloten (Verkehrsflugzeugführer) an. Der achtsemestrige Studiengang wird seit 1996, zunächst als Diplom-, jetzt als Bachelorstudiengang (Module, Punktsystem), durchgeführt. Er schließt mit dem Bachelor of Engineering (B. Eng.) und der europäischen Pilotenlizenz ab.

## Praxisbezug

Der Praxisbezug dieser Hochschule ergibt sich schon aus ihrer Geschichte. Sie ist 1982 aus vier Fachhochschulen entstanden, die auf alte Bremer Einrichtungen wie die 1799 gegründete Bremische Navigationsschule und 1894/1895 gegründete Ausbildungsstätten wie das Bremer Technikum, die Seemaschinenschule, die Maschinenbauschule und die Schiffbauschule zurückgehen

Der „Internationale Studiengang Luftfahrtsystemtechnik und -management“ (ILST) wird im Fachbereich 5 der Hochschule angeboten. In der Fachrichtung Luft- und Raumfahrt, der einen inhaltlichen Schwerpunkt der Hochschule Bremen bildet, sind im Sommersemester 2006 398 Studenten eingeschrieben, davon 252 im hier behandelten Studiengang. (Andere studieren den Schwerpunkt Luft- und Raumfahrt im Bachelor-Studiengang Mechanical Engineering oder den neuen Master-Studiengang Aeronautical Management.)

## Internationaler Studiengang

Der internationale Studiengang (Teile des Studiums werden in englischer Sprache angeboten; eines der Praxissemester kann als

das vorgeschriebene Auslandssemester absolviert werden) verbindet die Schulung zum Piloten (Verkehrsflugzeugführer) mit einer ingenieurwissenschaftlichen Ausbildung. Er beginnt im 1. bis 3. Semester mit einem reinen Maschinenbaustudium, das ingenieurwissenschaftliche Grundlagen wie Mathematik, Informatik, Physik, Thermodynamik, elektrische und hydraulische Antriebe, Mechanik, Elektrotechnik, Konstruktion usw. vermittelt. Hinzu kommen einige Lehrveranstaltungen in Psychologie, Betriebswirtschaftslehre und Management. Der Studiengang wird dann auf das Flugwesen spezialisiert fortgeführt (Semester 4, 5 und 8: Flugbetrieb/Flugführung, Flugbetriebstechnik, Flugregelung, Flugantriebe, Aerodynamik/Flugmechanik, Flugzeugbau, Luftverkehr).

Die praktische Ausbildung wird im 6. und 7. Semester eingeschoben. Sie wird natürlich nicht an der Hochschule, sondern an einer von deren Partner-Verkehrsfliegerschulen durchgeführt. Eine von ihnen, die „LFT Lufthansa Flight Training“, bildet die Flugschüler in Bremen und Phoenix (Arizona) aus. Die Ausbildung wird mit einem „CPL-Checkflug“ unter Aufsicht des Checkpiloten vom deutschen Luftfahrtbundesamt (LBA) abgeschlossen. In Deutschland folgt dann eine schriftliche Prüfung zum Verkehrsflugzeugführer, eine Ausbildung im Flugsimulator und schließlich Flüge in einer Turbopropmaschine mit Zwei-Mann-Cockpit.

Die Verbindung zur Praxis soll auch im Abschlußsemester nicht abreißen: Die Bachelor-Abschlussarbeit, die im 8. Semester angefertigt wird, soll in Zusammenarbeit mit Luftfahrtfirmen erarbeitet werden. Man erkennt, daß bei dem Studiengang auf enge Verbindung zu Praxis, Beruf und Luftfahrtfirmen sowie zum internationalen Umfeld besonderer Wert gelegt wird.

Weitere Informationen im Internet: [www.hs-bremen.de](http://www.hs-bremen.de) und [www.lufthansa-pilot.de](http://www.lufthansa-pilot.de).

Als der Bund Freiheit der Wissenschaft den Vortrag plante, war noch nicht bekannt, daß dieser

Studiengang der Hochschule Bremen Anfang Mai 2006 vom Stifterverband für die deutsche Wissenschaft mit einem Preis ausgezeichnet werden würde. Um den Preis bewarben sich 65 Fachhochschulen, von denen vier ausgezeichnet wurden. Sie erhalten vom Stifterverband drei Jahre lang eine Förderung mit jeweils 225.000 .

## Auszeichnung

Die Gutachter begründen ihre Auszeichnung damit, daß dieser Studiengang gegenüber der üblichen Pilotenlizenzausbildung mit einem zusätzlichen, anschließenden Ingenieurstudium eine Zeiterparnis von zwei Jahren ermöglichte, ohne die Praxisorientierung zu vernachlässigen. Die internationale Ausrichtung wird gelobt. Der Studiengang füge sich gut in das spezifische Profil von Unternehmen im Wirtschaftsraum Bremen ein und kooperiere mit den Branchenführern aus der Industrie. Außerdem arbeite die Hochschule auch mit Bremer Schulen zusammen: Um Schüler auf das Studienangebot vorzubereiten, gibt es seit 2006 an einigen Bremer Gymnasien ein spezielles „Gymnasiales Profil Luft- und Raumfahrt“.

Weitere Informationen im Internet: [www.hs-bremen.de](http://www.hs-bremen.de) und [www.stifterverband.de](http://www.stifterverband.de)

Der Studiengang soll auf Berufstätigkeiten vorbereiten, bei denen sich fliegerische Kenntnisse und ingenieurwissenschaftliche Kompetenzen im Bereich des Flugwesens verbinden. Dabei wird auch an den Beruf des Piloten auf Verkehrsflugzeugen gedacht; auch bei der Lufthansa gibt es Piloten, die diesen Ausbildungsgang durchlaufen haben.

In der Diskussion nach dem Vortrag wurde gefragt, ob der Studiengang für Piloten Vorteile gegenüber der üblichen Ausbildung bringt. Das scheint trotz größerer theoretischer Vorkenntnisse wohl nicht der Fall zu sein. Vorteile bietet der Studiengang sicher bei Tätigkeitsbereichen wie Ingenieur/Pilot in luftfahrttechnischen Bereichen, bei technisch-organisatorische Aufgaben in Luftfahrtindustrie und -behörden oder als Systemtechniker in Industriefirmen. ■

# Aktion Lebendiges Deutsch

„Die Resonanz ist überwältigend“

In der März-Ausgabe berichtete die fdw nur kurz über die Gründung der Aktion Lebendiges Deutsch. Wir fragten Josef Kraus, der zu den Gründungsmitgliedern gehört, nach Einzelheiten.

*fdw: Wann und mit welchem Ziel ist die Aktion gegründet worden?*

**Kraus:** Die Aktion Lebendiges Deutsch konstituierte sich im Herbst 2005. Nach entsprechenden Vorarbeiten wurde sie erstmals im Februar 2006 tätig. Ihr Ziel ist es, möglichst viele Bürger, Publizisten, Wissenschaftler, Journalisten und Politiker auf die Auswüchse der in Deutschland um sich greifenden Sprach-Anglomanie aufmerksam zu machen und die lächerlichsten Anglizismen zurückzudrängen. Dazu lanciert die Aktion in der jeweils ersten Woche eines jeden Monats zwei Vorschläge zur „Übersetzung“ eines unnötigen Anglizismus in die Öffentlichkeit. Zudem erbittet die Aktion von der Sprachöffentlichkeit zu einem weiteren Anglizismus ein gutes und griffiges deutsches Wort. Die Initiatoren der Aktion werten die eingegangenen Vorschläge aus und entscheiden sich wie eine Jury für die aus ihrer Sicht beste „Übersetzung“; diese wird dann in der nachfolgenden Monatsserie veröffentlicht.

*fdw: Hat die Aktion einen puristischen Anspruch?*

**Kraus:** Die Aktion versteht sich nicht als eine Gruppe von Puristen, Fremdwort-Jägern oder Bilderstürmern. Die Initiatoren bejahen die Bereicherung des Deutschen durch fremde Sprachen; und manche Importe gerade aus dem Englischen werden von der Gruppe begrüßt. Die Initiative richtet sich allein gegen die schiere Anglomanie, gegen das Übermaß.

*fdw: Von wem wurde die Aktion ins Leben gerufen?*

**Kraus:** Federführend sind vier Leute: Professor Dr. Walter Krämer, Statistikprofessor an der Universität Dortmund und Vorsitzender des Vereins Deutsche Sprache (VDS); Wolf Schneider, Journalist und Journalistenausbilder; Dr. Cornelius Sommer, Botschafter a.D., Josef Kraus, Oberstudiendirektor und Präsident des Deutschen Lehrerverbandes (DL). Die Aktion wird zudem mitgetragen von Wissenschaftlern und Prominenten wie Helmut Glück, Hans-Olaf Henkel, Paul Kirchhoff, Ulrich Knoop, Norbert Lammert, Christian Meier, Reinhard Mey, Horst Haider Munske, Helmut Schäfer, Gert Ueding, Harald Weinrich usw. Wissenschaftlich unterstützt wird die aktuelle Arbeit der Vierergruppe von der Stiftung Deutsche Sprache und vom Deutschen Seminar der Universität Freiburg.

*fdw: Wie läuft die Aktion? Wie ist die Resonanz, was ist die vorläufige „Bilanz“?*

**Kraus:** Die Resonanz ist überwältigend – beim Publikum und in der Publizistik.

Obwohl die Aktion noch kein halbes Jahr alt ist, beteiligen sich 60 Zeitungen, indem sie von den vorgeschlagenen Eindeutschungen berichten und zum Publikumswort Übersetzungen erbitten. Zudem verbreitet die Deutsche Presseagentur die Wörterliste jeden ersten Sonntag im Monat. Auch die Resonanz beim Publikum ist groß. Zum Publikumswort des Monats Mai sind von über 4.400 Leuten insgesamt mehr als 10.000 Eindeutschungsvorschläge eingegangen – darunter 3.800 verschiedene. Diese Beteiligung hat sich seit Februar 2006 kontinuierlich gesteigert.



Josef Kraus

*fdw: Was sind die ersten Beispiele und Übersetzungsvorschläge?*

**Kraus:** Aktionärsnutzen für Shareholder Value, Startseite für Homepage, Nachsteller für Stalker, Schrottanleihen für Junk Bonds, Klapprechner für Notebook bzw. Laptop. Über Publikumszuschriften sind bislang folgende Alternativvorschläge gekürt worden: Startuhr für Countdown, Aussetzer für Blackout, Prallkissen für Airbag, Denkrunde für Brainstorming.

*fdw: Gibt es Beteiligungs-, Unterstützungsmöglichkeiten?*

**Kraus:** Jeder Leser einer Zeitung, die die Aktion mit verbreitet, kann sich beteiligen. Ansonsten gibt es eine Startseite der Stiftung Deutsche Sprache.

Dort kann man sich über den aktuellen Stand der Aktion informieren und Vorschläge einspeisen. Die Anschrift lautet:  
[www.stiftung-deutsche-sprache.de](http://www.stiftung-deutsche-sprache.de)

## Professoren in Sorge um die Qualität von Forschung und Lehre

# Attraktivität der Universität erhöhen!

„Die Universität muß für Studierende und Professoren attraktiver werden!“ – Professoren Österreichs, der Schweiz und Deutschlands wollen bessere Rahmenbedingungen

Die Professorenverbände Österreichs, der Schweiz und Deutschlands haben im Mai 2006 in Wien die Hochschulpolitiker ihrer Länder dazu aufgefordert, die Attraktivität der Universität für Studierende und Professoren deutlich zu erhöhen.

### **Mehr Investitionen in Wissenschaft und Forschung!**

Im internationalen Wettbewerb um die klügsten Köpfe unter Lehrenden und Lernenden dürften die Universitäten nicht dem Risiko ausgesetzt werden, ins Hintertreffen zu geraten, heißt es in einer gemeinsamen Presseerklärung des österreichischen Universitätsprofessorenverbandes (UPV), der Vereinigung Schweizer Hochschuldozenten (VSHD) und des Deutschen Hochschulverbandes (DHV). Künftig sei – wie auch Vergleichszahlen der OECD deutlich machen – noch mehr in Wissenschaft und Forschung zu investieren als bisher, wenn man die selbstgesteckten hochschul- und wissenschaftspolitischen Ziele – wie etwa die Erhöhung der Absolventenquoten, die Umsetzung des Bologna-Prozesses – erreichen und im internationalen Wettbewerb bestehen wolle.

### **Lehrkapazitäten deutlich erhöhen!**

In erster Linie, so das einmütige Ergebnis einer gemeinsamen Tagung der drei Verbände in Wien, seien die Rahmenbedingungen für das Studium erheblich zu verbessern. Ohne eine deutliche Erhöhung der Lehrkapazitäten seien die Universitäten nicht in der Lage, ihre Aufgaben in Forschung und Lehre in der gebotenen Weise zu erfüllen. Künftige Absolventen hätten den berechtigten Anspruch auf eine akademische Ausbildung von bester Qualität, unter anderem weil sie sich einem Arbeitsmarkt stellen müßten, der zunehmend einem globalen Wettbewerb ausgesetzt sei.

### **Mobilität der Professoren wie die der Studenten fördern!**

UPV, VSH und DHV mahnten zudem, bei der Verwirklichung der europäischen Ziele nicht die Lehrenden zu vergessen. Der angestrebte europäische Hochschulraum müsse die Mobilität der Professoren in gleicher Weise wie die der Studierenden erhöhen. Bestehende Mobilitätshindernisse wie etwa die Unterschiede im Versorgungsrecht oder bei den Altersgrenzen für eine Einstellung als Hochschullehrer seien zu beseitigen. Diese Hindernisse würden sich in der Berufungspraxis als empfindliche Störungen des grenzüberschreitenden

Austausches erweisen. Ein erster Schritt zur Stärkung eines europäischen Berufungsmarktes sei die längst überfällige „Mitnahme“ von erworbenen Pensions- und Rentenanwartschaften bei einer Berufung ins europäische Ausland. Aber auch insofern dürfe der Bologna-Prozeß nicht mißverstanden werden. Es gehe nicht um Einheitlichkeit, sondern um Kompatibilität unterschiedlicher Hochschul- und Beschäftigungssysteme.

### **Wissenschaftlichen Nachwuchsfür die Universitäten (zurück)gewinnen!**

Besorgt zeigten sich die Professorenvertreter über den zunehmenden Attraktivitätsverlust der Universität für den wissenschaftlichen Nachwuchs. Die Diskrepanz zwischen zu erbringender Leistung und ihrer Honorierung, fehlende Stellen sowohl für Professoren als auch für den wissenschaftlichen Nachwuchs sowie die Änderungen der Arbeitsbedingungen zu Lasten der Professoren und ihrer persönlichen sowie sachlichen Unabhängigkeit führten ebenso wie die oft nicht mehr wettbewerbsfähigen Ausstattungen in Forschung und Lehre dazu, daß der wissenschaftliche Nachwuchs seine berufliche Zukunft immer weniger am Arbeitsplatz Universität sehe. ■

## Studentische Proteste nicht mehr friedlich

Schon zum zweiten Mal wurde in Marburg, Gießen, Darmstadt und Frankfurt von Studenten gegen die geplante Einführung von Studiengebühren protestiert. Die als friedlich deklarierten Proteste schlugen in Frankfurt bald in Gewalttätigkeiten um. So wurden zur Zeit des Berufsverkehrs Bahngeleise und die Auffahrt zur Autobahn blockiert. Es wurden Autos beschädigt, mit Steinen und Bierflaschen geworfen, wie die Polizei berichtete. Die ASTA-Vorsitzende beklagt die Einmischung von Antifa-Gruppen, die gewaltbereit seien. Angesichts der geschwenkten roten Fahnen kommt das dem Beobachter der Szene nicht unwahrscheinlich vor. Dennoch

wäre die friedliche Absicht der anderen Studenten überzeugender, würden diese die Demonstration bei beginnenden Ausschreitungen abbrechen und sich entfernen.

In einer Sondersitzung des Senats der Goethe-Universität sollte über einen Antrag der Studenten mit einer strikten Ablehnung von Studiengebühren und einer Formulierung in einem Entwurf der Professoren, mit einer Akzeptanz von maßvollen Studienbeiträgen, abgestimmt werden. Der standfeste Universitätspräsident Rudolf Steinberg hatte vor der Sitzung erklärt, die Sitzung sofort abzubrechen, wenn es zu Übergriffen käme. Die Sitzung konnte geordnet ablaufen, bis die Abstimmung vorbei war und der Professoren-Entwurf die

Stimmenmehrheit erhielt. Dann wurde es laut, Papierkügelchen flogen, und unfreundliche Zurufe für den Präsidenten waren zu hören. (Wir wissen, wo Dein Auto steht.) Dann ging es zur Demo.

Die Landesregierung hält an der Grundsatzentscheidung für Studiengebühren fest, ist aber bereit, mit den Beteiligten über Verbesserungen des Entwurfes zu reden. Wenn es gelingt, die Proteste ohne Rechtsbrüche ablaufen zu lassen, kann eine tragfähige Vereinbarung das Ergebnis sein. Wie die Verkehrsblockaden zeigen, ist das Rechtsbewußtsein jedoch offenbar ungesichert. Und nötigen lassen wird sich die jetzige Landesregierung nicht. *Lilo Sillwold*

## Nein zu Gentechnikversuchen im Freiland

# Grüne sind der grünen Gentechnik nicht grün

Grünenpolitiker im niedersächsischen Landtag kritisieren Pläne der Universität Gießen und offenbaren ihr Wissenschaftsverständnis.

Der agrarpolitische Sprecher der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen im niedersächsischen Landtag, Martin Häusling, wandte sich im April 2006 in einer Pressemitteilung gegen die Pläne der Universität Gießen, einen Freilandversuch mit gentechnisch veränderter Gerste zu starten. Er könne sich nicht vorstellen, „daß die Deutschen, die größten Wert auf die Reinheit des Bieres legen, sich eine gentechnisch veränderte Braugerste unterjubeln lassen“ möchten. Er empfehle der Uni Gießen, „ihre Kapazitäten in sinnvollere Projekte zur Verbesserung der Pflanzengesundheit und des Umweltschutzes zu stecken“.

Die hochschulpolitische Sprecherin der Grünen-Landtagsfraktion, Sarah Sorge, legte nach: Es sei „klar, daß es bei der Gentechnik eine breite Ablehnung in der Bevölkerung“ gebe „und Proteste vorprogrammiert“ seien. Sorge: „Wis-



*Hordeum vulgare (Gerste, gemeine)<sup>1</sup>*

senschaft ist zwar neuen Erkenntnissen verpflichtet, aber insbesondere solchen, die der Gesellschaft einen Gewinn bringen. Dies ist bei der Agrogentechnik nicht der Fall.“ Sorge empfiehlt daher der Universität Gießen, von diesem Gentechnikversuch im Freiland Abstand zu nehmen. „Wir fordern die Universität auf, ihre Forschungen auf Themen zu konzentrieren, die gesellschaftlich nötig sind und einen wirklichen Nutzen versprechen.“

Nun brauchen die Grünen nur noch festzulegen, welche Themen wirklichen Nutzen versprechen, und darüber darf dann geforscht werden. Danke für die Aufklärung!

Winfried Holzapfel

<sup>1</sup> Abbildung aus: Prof. Dr. Otto Wilhelm Thomé – Flora von Deutschland, Österreich und der Schweiz, 1885, Gera, Germany

### Leseempfehlung: Jörg-Dieter Gauger (Hg.)

## Bildung der Persönlichkeit



Soeben erschienen. Besprechung siehe Seite 24!

### Werte, Wirtschaft, Wissenschaft – Bildung und Kultur ...

... und ihr Verhältnis zueinander bestimmen ganz wesentlich unsere Gesellschaft, unser öffentliches und privates Leben.

Als Bund Freiheit der Wissenschaft haben wir einen Standpunkt dazu. Im Dezemberheft des Jahres 2005 haben wir ausführlich dargelegt, was wir wollen, wofür wir in Schule und Hochschule stehen.

Mit öffentlichen Veranstaltungen und Publikationen tragen wir dazu bei, das Verhältnis von Werten, Wissenschaft und Wirtschaft zu beleuchten und zu klären.

Unsere Tätigkeit soll Ihrer Meinungsbildung dienen. Aus Ihren Zuschriften wissen wir, daß es so ist.

Wir möchten diese Aufgabe gern mit Erfolg weiterführen. Dazu erbitten wir Ihre Unterstützung:

- Schreiben Sie uns Ihre Meinung!
- Werden Sie Mitglied im Bund Freiheit der Wissenschaft!
- Werben Sie Mitglieder für uns!
- Spenden Sie Geld!

Eine Überweisung an den Bund Freiheit der Wissenschaft, Deutsche Bank AG Bonn (BLZ 380 700 24), Kto. 0 233 858 würde uns sehr helfen. Vielen Dank!

In den Augen der Verbände:

## Ansichten zur Föderalismusreform im Bereich Bildung

*Die Föderalismusreform bedarf noch der Ausformung.*

*Wir zitieren aus der Anhörung im Bundestag/Bundesrat zur Föderalismusreform im Bereich Bildung vom 29. Mai 2006 die Stellungnahme des Deutschen Lehrerverbandes, die dessen Vorsitzender, Oberstudiendirektor Josef Kraus vorgetragen hat. Die Presseerklärung des Deutschen Hochschulverbandes erreichte uns Mitte Mai 2006.*

### Die Stellungnahme des Deutschen Lehrerverbandes

#### 1. Die Schulhoheit der deutschen

Länder ist aus historisch guten Gründen Kern ihrer Eigenstaatlichkeit. Das Föderalismusprinzip in Sachen Schulbildung hat sich im Grundsatz bewährt. Von den drei großen Vorzügen des föderativen Systems – Krisenfestigkeit durch zweierlei Staatsgewalt aus verschiedenen Wurzeln, Möglichkeit des behutsamen Experiments und föderativer Wettbewerb – verkörpert der Schulföderalismus die letzten zwei in geradezu exemplarischer Form. Zudem verhindert der Föderalismus schulpolitische Extremösungen.

#### 2. Nicht das System Föderalismus

ist falsch, sondern die Schlußfolgerungen, die bestimmte deutsche Länder daraus ziehen, sind es. Die Ursache für das teilweise schwache Abschneiden Deutschlands in internationalen schulischen Vergleichsstudien ist nicht das föderale Prinzip. Vielmehr hat es erst der Föderalismus möglich gemacht, daß wenigstens ein Teil der deutschen Länder im internationalen Vergleich mithalten kann. Zudem zeigt die Erfahrung der letzten 30 Jahre: Die schwächsten Bildungsbilanzen haben die deutschen Länder, die ihre Schulreformen eigenständig angepackt haben, und die besten Bildungsbilanzen haben die deutschen Länder, die ihre Schulreformen behutsam angepackt haben. Eine zentralistische Schulpolitik aber würde eher über die ganze Republik hinweg nach unten egalierend wirken. Folgendes Retro-Szenario sei hier erlaubt: Hätte der Bund zum Regierungswechsel 1969 die Schulhoheit gehabt bzw. hätte 1978 die damalige Bundesregierung den von ihr gewollten „kooperativen Föderalismus“ durchgesetzt, wäre zu befürchten gewesen, daß sich die deutschen Testergebnisse einheitlich auf dem Niveau der derzeit schwächsten deutschen Länder eingefunden hätten.

3. Die These von einer im Vergleich mit der EU angeblich unzeitgemäßen föderalen schulischen deutschen Kleinstaaterei ist falsch. Immerhin geht es bei der Gestaltung von Schule in Deutschland um deutsche Länder, die hinsichtlich Bevölkerung und damit Schülerzahl größer sind als die Mehrzahl der 25 EU-Staaten: NRW rangiert mit 18,1 Millionen vor 19 der insgesamt 25 EU-Staaten; Bayern und Baden-Württemberg rangieren mit 12,4 bzw. 10,7 Millionen vor 18 EU-Staaten. Auch der Vergleich mit der föderalen Schweiz und ihrer angeblich vorbildlichen föderalen Harmonisierung ist schief: Die Schweiz hat bei insgesamt 7,4 Millionen Bevölkerung 26 Kantone (Größe zwischen 0,015 und 1,17 Millionen Einwohner). Die Schweiz hat also mehr Kantone, als das bezüglich Bevölkerung vergleichbare Hessen Schulämter (nämlich 15) hat.

#### 4. Die Behauptung, das föderale

Prinzip sei unfair, denn es benachteilige finanzschwächere Länder und damit deren Bildungsniveau, ist falsch. Entscheidend ist und bleibt, wie die deutschen Länder das Geld einsetzen. Beispiele: Die Stadtstaaten haben einerseits die schwächsten Testbilanzen, sie investieren allerdings am meisten Geld je Schüler. Ostdeutsche Länder (vor allem Sachsen und Thüringen) geben je Schüler mit am wenigsten aus, rangieren gleichwohl in vorderen Testrängen. Oder: Hessen gehört gewiss nicht zu den ärmeren Ländern, gleichwohl gab es bis vor wenigen Jahren mit am wenigsten für schulische Bildung aus. Zudem: Auch in anderen größeren EU-Ländern (siehe Italien mit seinem erheblichen Nord-Süd-Gefälle und den überragenden PISA-Werten Südtirols) gibt es erhebliche regionale Unterschiede hinsichtlich schulischer Leistung und hinsichtlich wirtschaftlicher bzw. schulischer Rahmenbedingungen.

5. Föderalismus bedeutet Wettbewerb und Ringen um die besten Lösungen.

Mehr wettbewerbsfördernder Föderalismus ist also gefragt und nicht weniger. Dafür ist eine Kultusministerkonferenz (KMK) notwendig, die Vereinbarungen über schulische Anforderungen nicht mehr als Kompromiss eines Kompromisses, also auf dem untersten Anspruchslevel, festklopft und Vereinbarungen über Standards nicht mehr nur – zum Beispiel auf Intervention eines kleinen Bundeslandes – auf dem untersten Kompromißniveau positioniert. Hoffnung ist hier angesagt. Nach der für viele deutsche Länder wenig schmeichelhaften PISA-Diagnose und nach den Verwerfungen der Rechtschreibreform hat die KMK ihre Lektion gelernt. Beides hat auf die KMK – wenn auch schmerzhaft – wie eine Verjüngungskur gewirkt. Im Kontext mit PISA ist die KMK effektiv und nachhaltig tätig geworden. Zu den erfolgten und erfolgreichen Maßnahmen gehört unter anderem eine Weiterentwicklung der Qualität von Unterricht und Schule auf der Grundlage von verbindlichen Standards. Diese Standards entwickeln – im Verein mit transparenten Testbilanzen – hinreichend politische Wirkung, sie müssen also nicht rechtlich durchsetzbar oder einklagbar sein. Darüber hinaus unterliegt jeder einzelne Kultusminister der parlamentarischen Kontrolle seines Landesparlaments und der Rechtsprechung. Ansonsten wäre eine weitere Dynamisierung der Arbeit der KMK möglich, wenn man zumindest für eine größere Anzahl an Entscheidungen vom Einstimmigkeitsprinzip Abstand nähme.

6. Entscheidend ist nicht wie, sondern daß es der Schulpolitik in Deutschland gelingt, die doppelte Gerechtigkeitslücke im schulischen Berechtigungswesen zu schließen. Diese doppelte Gerechtigkeitslücke besteht darin, daß Schulabsolventen in bestimmten deutschen Ländern mehr Leistung für einen zudem in geringerer Quote vergebenen mittleren höheren

Schulabschluß erbringen müssen als in anderen Ländern. Zugleich sind die Schulabsolventen in den letzteren Ländern allem Anschein nach trotz höherer Quoten an mittleren und höheren Schulabschlüssen schlechter auf Studium bzw. Berufsausbildung vorbereitet. Diese Lücken können am besten geschlossen werden, indem für alle Schulformen in allen deutschen Ländern eine je landesspezifische zentrale Abschlußprüfung eingeführt wird. Dadurch werden die Anforderungen transparent, und es entsteht dann hinreichend politischer Druck, daß sich alle Länder an den bezüglich Anspruch vorderen Ländern orientieren.

**7. Ambivalent zu sehen sind direkte Finanzierungsprogramme des Bundes für Schulen.** Über den Länderausgleich werden finanzschwächere Länder ohnehin gestützt; danach ist es eine Sache ihrer politischen Prioritätensetzung, wo die Empfängerländer investieren. Ansonsten muß der Bund seine Steuerpolitik so gestalten, daß die Länder ihre Aufgaben eigenständig erledigen können. Eine Wiederholung etwa des sog. IZBB-Programms ist unnötig. Zudem war bereits das aktuelle IZBB-Programm der Jahre 2003 mit 2007 hinsichtlich Folgekosten unausgegoren und verfassungsrechtlich fragwürdig: Unausgegoren deshalb, weil die Frage der personellen Folgekosten nicht geklärt ist; verfassungswidrig deshalb, weil Finanzhilfen des Bundes besonders bedeutsamen Investitionen der Länder laut Grundgesetz den Fällen der Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts, des Ausgleichs unterschiedlicher Wirtschaftskraft oder der Förderung des wirtschaftlichen Wachstums vorbehalten sind.

**8. Überschätzt wird die Bedeutung der BLK-Projekte.** Dies belegt allein das Finanzvolumen: Es betrug für 1995 bis 2005 insgesamt 6,45 Millionen Euro, pro Jahr also rund 645.000 Euro (bei 42.000 Schulen in Deutschland!). Der einzige nennenswerte und flächendeckend wirksame Modellversuch war das Projekt SINUS. Ein solches Projekt ist auch ohne den Bund möglich.

**9. Mit skeptischem Realismus ist auch aus schulischer Sicht die Verlagerung der Dienstrechts- und Besoldungskompetenz vom Bund auf die Länder zu sehen.** Realismus heißt: Unterschiedliche Regelungen gab es auch nach 1971 – hinsichtlich Arbeitszeitregelun-

gen, Beförderungen, Zulagen und Prämien. Gleichwohl wird zur Vermeidung eines zu erwartenden Dumping-Wettbewerbs unter den Ländern sowie zur Vermeidung einer weiter verschärften Situation für den zukünftigen Lehrernachwuchs mit Nachdruck empfohlen, die Absicht einer Neufassung des GG Artikels 33 noch einmal zu überdenken.

Der Deutsche Lehrerverband vertritt etwa 160.000 Lehrer weiterführender allgemein- und berufsbildender Schulen.

### **Der Deutsche Hochschulverband sieht Hochschulpakt 2020 in der „Föderalismusfalle“**

„Die Hochschulen drohen in den nächsten fünf bis zehn Jahren zu ersticken. Sie bedürfen dringend staatlicher Hilfe“, erklärte der Präsident des Deutschen Hochschulverbandes, der Kölner Völkerrechtler Professor Dr. Bernhard Kempen. Die derzeitige Lage der Hochschulen sei durch folgende Faktoren gekennzeichnet:

#### **Hochschulen „saufen schlichtweg ab“.**

Nahezu 50 Prozent aller Studiengänge seien zulassungsbeschränkt – mit zunehmender Tendenz. In den nächsten Jahren seien zusätzlich mindestens eine halbe Million Studierende zu erwarten. Hinzu komme, daß ein doppelter Abiturjahrgang in die Hochschulen dränge. Gleichzeitig würden durch die Umgestaltung auf Bachelor-/Masterstudiengänge zusätzliche Ressourcen in Anspruch genommen. „Wenn nichts Durchgreifendes passiert, saufen die Hochschulen in den nächsten Jahren schlichtweg ab. Dann war die hoffnungsvoll gestartete Exzellenz-Initiative nur noch ein letztes Aufbäumen vor dem Erstickungstod“, sagte Kempen.

#### **Hilfsprogramm nicht hinauschieben!**

Vor diesem Hintergrund könne der Anstoß von Bundesministerin Schavan, zusammen mit den Ländern einen Hochschulpakt 2020 als Hilfsprogramm zu beschließen, nur begrüßt werden. Allerdings stehe zu befürchten, daß das dringend notwendige Programm durch die anstehenden Beratungen zur Föderalismusreform behindert und hinausgeschoben werde. „Am einfachsten wäre es, das Programm schnell auf der Grundlage der derzeitigen Kompetenzzuweisung von Bund und Ländern zu verabschieden. Das Programm darf nicht in die ‚Föderalismusfalle‘ gera-

ten“, erklärte Kempen. Der Deutsche Hochschulverband legte Vorschläge vor, wie die Programmmittel aus dem „Hochschulpakt 2020“ für eine Verbesserung der Studienbedingungen zu verwenden seien:

1. Oberstes Ziel sei die Schaffung dringend benötigter zusätzlicher Studienplätze. Der Praxis einzelner Bundesländer, durch den Abbau von Studienplätzen ihre Forschungskapazität zu erhöhen und auf diese Weise Exzellenzwettbewerbe zu gewinnen, müsse entgegengewirkt werden.



**Bernhard Kempen**

2. Die Förderung der Universitäten durch den Hochschulpakt 2020 müsse als Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern gestaltet werden. Der DHV schlage nach dem Muster der bisherigen Finanzierung des Hochschulbaus eine Koppelung finanzieller Bundeszuschüsse an die Zahl zusätzlicher, d. h. neuer Studienplätze durch ein Bundesland vor.

3. Der Hochschulpakt 2020 müsse ergänzend zur Exzellenzinitiative des Bundes, mit der hervorragende Forschung gefördert werden soll, auch die Sicherung und Steigerung der Qualität der universitären Lehre zum Ziel haben. Die effektivste Maßnahme zur Verbesserung der akademischen Lehre sei

#### **Betreuungsverhältnisse verbessern!**

die Verbesserung des Betreuungsverhältnisses. Es müsse ein allgemeiner Konsens hergestellt werden, daß das gegenwärtige Betreuungsverhältnis von bundesweit durchschnittlich 1:60 (d. h.: im Fächerdurchschnitt steht ein Professor für 60 Studierende zur Verfügung)

die absolute Grenze der Belastbarkeit in der universitären Ausbildung bedeute. Wer exzellente Universitäten wolle, dürfe nicht nur exzellente Forschung anstreben, sondern müsse auch exzellente Betreuungsverhältnisse anstreben, wie sie beispielsweise an den amerikanischen Spitzenuniversitäten vorzufinden seien. Dort kämen höchstens zehn Studierende auf einen Professor.

4. Zumindest in denjenigen Fächern, die nicht auf kostenintensive technische Ausstattungen angewiesen seien, sei eine Erhöhung der Studienplatzkapazitäten relativ einfach durch eine deutliche Erhöhung der Lehrkapazität zu erreichen. Vorrangiges Ziel müsse in diesem Zusammenhang die Schaffung zusätzlicher Professorenstellen sein.

5. Der DHV unterstütze daher die Forderung der Hochschulrektorenkonferenz nach vorgezogenen Parallelberufungen von Professoren. Diese Maßnahme sei nach Auffassung des DHV eines von mehreren geeigneten Mitteln zur Verbesserung des Betreuungsverhältnisses. Vorgezogene Parallelberufungen

hätten allerdings den Nachteil, daß sie die zukünftigen beruflichen Perspektiven der Nachwuchswissenschaftler verschlechterten, die heute erst am Anfang ihres Qualifikationsweges stünden. In einigen Fächern sei die dauerhafte Einrichtung zusätzlicher Professorenstellen daher unumgänglich.

6. Die im Rahmen des Bologna-Prozesses beabsichtigte Umstellung der Studienstruktur auf das zweistufige Bachelor-/Mastermodell führe zu einer Reduzierung der Lehrkapazität (siehe Oberverwaltungsgericht Berlin, Beschluß vom 7. Juli 2004; OVG 5 NC 8.04). In allen Fakultäten, wo die Studienstruktur ganz oder teilweise auf das Bachelor-/Mastermodell bereits umgestellt oder die Umstellung beabsichtigt sei, müsse die Lehrkapazität neu berechnet werden.

#### **Akademischen Mittelbau personell aufstocken!**

7. Als ergänzende und unterstützende Maßnahme zur Ausweitung der Lehrkapazität sei der sogenannte akademische

Mittelbau personell aufzustocken. Auch die Einrichtung einer neuen, vorwiegend mit Aufgaben in der Lehre zu versehenen Personalkategorie unterhalb der Professorebene sei in einigen Fächern zu erwägen. Die Personalkategorie des „lecturers“ solle allerdings die Ausnahme und nicht die Regel sein. Dem Lehrpersonal unterhalb der Professorenkategorie solle die unselbständige Lehre übertragen werden. Die selbständige Lehre müsse Dienstaufgabe der Professoren bleiben. Man würde das hohe Niveau der akademischen Ausbildung in Deutschland gefährden, wenn die Aufgaben in der akademischen Lehre zu großen Teilen kostengünstigen „lecturers“, wissenschaftlichen Mitarbeitern oder Tutoren übertragen würden, deren Lehre sich nicht aus der Forschung erneuere.

Der Deutsche Hochschulverband ist die bundesweite Berufsvertretung der Universitätsprofessoren und des wissenschaftlichen Nachwuchses mit über 22.000 Mitgliedern.

Festakt zur Preisverleihung im Neuen Rathaus zu Bielefeld:

## **Ethik-Lehrbuch erhielt Deutschen Schulbuchpreis**

Ehrung für Robert Spaemann und Walter Schweidler

(fdw – Eigener Bericht) Am 7. Mai 2006 verlieh der Vorsitzende der Gesellschaft „Lernen für die Deutsche und Europäische Zukunft e. V. (LDEZ)“, Wolfram Ellinghaus, im Großen Saal des

Neuen Rathauses in Bielefeld den alle zwei Jahre zu vergebenden Deutschen Schulbuchpreis an die Philosophen Robert Spaemann und Walter Schweidler. Das ausgezeichnete Buch, das sie heraus-

gegeben haben, trägt den Titel „Ethik Lehr- und Lesebuch“. Erschienen ist es im Verlag Klett-Cotta 2006.

Nach einer Begrüßung durch den Vorsitzenden der Gesellschaft, Wolfram Ellinghaus, unterstrichen Oberstudiendirektor Dr. Gerhard Müller-Frerich vom Märkischen Gymnasium in Iserlohn, Vorsitzender des Bildungsausschusses des Philologenverbandes NRW, sowie die Ehrenpräsidentin des Elternvereins NRW e. V., Dr. Gisela Friesecke, die Notwendigkeit und den Wert eines solchen Ethik-Lehrbuchs. Wir brauchen „junge, ethisch gebildete Selbstdenker“, betonte Frau Friesecke. Ethik sei „eine werte schaffende Kraft“.

Dies betonte auch der Unternehmer Dr. Wolfgang Böllhoff, Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer Ostwestfalen zu Bielefeld: „Wir brauchen unaufhörliche sittliche Bildung“. Im Unternehmen bedürfe es dazu, von der Führungsspitze ausgehend, Überzeu-



*Preisverleihung und Gratulation: Wolfram Ellinghaus beglückwünscht die Professoren Spaemann (Mitte) und Schweidler (rechts).*

*Foto: fdw*



gungsarbeit, die sich auf alle Ebenen ausbreiten müsse. Im harten Wettbewerb sei dies zwar manchmal schwierig, müsse jedoch immer spürbar bleiben. Um die Tugenden zu fördern, gebe es keinen anderen Weg als eine gute Führungskultur. Gute Führungskultur schaffe „Überleben auf lange Sicht“; denn „Gutes schafft Gutes.“

In seiner Festrede setzte Dr. Christoph Böhr an dem Befund einer „kulturellen Verwahrlosung“ an, die eine „Verunsicherung im Blick auf Erziehungsziele“ ausgelöst habe. Eine „freiwillige kulturelle Selbstaufgabe“ habe „die Quellen der

Erziehung trocken gelegt“. Nach „Säkularismus und Relativismus“ müsse eine „angemessene Neubegründung von Person und Würde“ erfolgen. Wissen müsse zu Bildung geformt werden (Nach Thomas von Aquin hingen Wissen und Gewissen zusammen.) In diesen Zusammenhang fügte er das mit dem Deutschen Schulbuchpreis ausgezeichnete Lehrbuch und nannte es eines der „bemerkenswertesten Bücher des letzten Jahres“, weil es „alles über Ethik“ erzähle. Ein vergleichbares Buch sei ihm nicht bekannt. Er hob hervor, daß es „keine ethische Betriebsanleitung“, sondern „eine Hilfe“ sei.

Bei seiner Dankesrede ging Professor Dr. Robert Spaemann auf die Intentionen des Buches und das Wesen der Ethik ein. Er betonte, Ethik sei „keine Sache subjektiven Beliebens“. „Es gibt das Gute und das Böse“; daher gebe es Streit bei ethischen Fragen. Für „Klügeleien“ (Kant) sei kein Platz.

Die Preisverleihung im Neuen Rathaus zu Bielefeld rundete das Holzbläserquartett der Bielefelder Philharmoniker mit festlichen Klängen eindrucksvoll ab.

## 50 Jahre Landeselternschaft der Gymnasien in Nordrhein-Westfalen

# Das Gymnasium – Zugpferd des Bildungswesens

*(fdw – Eigener Bericht) Am 13. Mai 2006 feierte die Landeselternschaft der Gymnasien NRW in Dortmund im Rahmen ihrer alljährlichen Frühjahrsversammlung ihr 50-jähriges Bestehen. Aus diesem Anlaß hatte man in verschiedenen Kategorien Preise für ungewöhnliche innovative Unterrichtskonzepte unter dem Stichwort „Qualität des Unterrichts“ ausgelobt. Die Preisverleihung durch den Vorsitzenden der Jury, Professor Dr. Rainer Dollase von der Universität Bielefeld, und die Übergabe durch Schulministerin Barbara Sommer, waren Höhepunkte des Festtages. Ein anderer war der Festvortrag von Oberstudiendirektor Josef Kraus, dem Präsidenten des Deutschen Lehrerverbandes.*

Nach der Begrüßung durch die Vorsitzende der Landeselternschaft der Gymnasien in Nordrhein-Westfalen, Gabriele Custodis, und einem herzlichen Grußwort von Schulministerin Barbara Sommer fand zunächst die Auszeichnung der bei dem Wettbewerb der Landeselternschaft eingereichten Unterrichtskonzepte statt. Rainer Dollase konnte innovative und praktikable Projekte auszeichnen. Als „einfach, aber genial“ bezeichnete er das Sprachlernkonzept des Steinbart-Gymnasiums Duisburg, das wir weiter unten (S. 19) unseren Lesern vorstellen möchten. Sprachförderung und frühes Erlernen der zweiten Fremdsprache waren schon immer Anliegen des Bundes Freiheit der Wissenschaft.

Josef Kraus sprach zum Thema des Tages: „Das Gymnasium – Zugpferd des Bildungswesens“.

### Festrede

In bewährter Weise eröffnete Kraus seinen Vortrag mit humorigen und sarkastischen Anmerkungen zur aufgeregten Bildungsdebatte und kam dann, nach einer Sichtung statistischer Befunde, zu dem Ergebnis, das Gymnasium sei – „sehr zum Mißfallen der Einheitsschulpropheten“ – „die erfolgreichste Schulform der Welt“.

Überdies liefere es „über ganz Deutschland hinweg ein recht homogenes Leistungsbild“. Jedenfalls falle auf, „daß das allgemeine Süd-Nord-Gefälle bei den Gymnasien weniger steil ausgeprägt ist“.

Nur knapp befaßte sich der Redner mit Fragen des Zugangs zum Gymnasium, der Verkürzung der Schulzeit und des Zentralabiturs. Wenn das Zentralabitur „richtig gemacht“ werde, sei es Garant für Gerechtigkeit, Validität in der Prognose der Studierfähigkeit, für hohen Anspruch und Transparenz.

Im Hauptteil skizzierte Kraus fünf gymnasialpolitische und gymnasialpädagogische Handlungsfelder von großer Bedeutung für die kommenden Jahre und Jahrzehnte:

### „1. Das entscheidende Bildungsziel des Gymnasiums ist und bleibt die Vermittlung einer umfassenden Allgemeinbildung“

Basis dafür sei ein „breit angelegter Fächerkanon“. Charakteristischerweise sei „das Gymnasium eine Schule der Sprachen“. In bestimmten Fällen könnten es, Deutsch eingeschlossen, fünf Sprachen sein, die auf dem Stundenplan stünden. Der Vorrang der Sprachen sowie die Pflichtfächer Religion/Ethik, Geschichte,

Kunst und Musik machten das Gymnasium zu „der europäischen Schule par excellence, denn in keiner anderen Schulform Deutschlands und Europas begegnen junge Menschen in so weitem Umfang europäischer Kultur“. So müsse man sich auch – gerade in Zeiten eines vornehmlich utilitaristischen Denkens – zum Lateinischen als „typisch gymnasialem Fach“ bekennen.

### „2. Am Primat wissenschaftspropädeutischer Allgemeinbildung festhalten!“

Neben der Vermittlung einer breiten Allgemeinbildung sei das maßgebliche Ziel des Gymnasiums die Wissenschaftspropädeutik. „Wissenschaftspropädeutik meint nicht, das Gymnasium als Universität im kleinen zu begreifen, sondern es heißt: auf wissenschaftliches Arbeiten vorbereiten“. Dies geschehe, sobald die Schülerinnen und Schüler „auch hinsichtlich ihrer kognitiven Fähigkeiten und unter Rückgriff auf das in der Unterstufe und Mittelstufe Gelernte und Erworbene dazu in der Lage sind, fachimmanente Strukturen und Zusammenhänge systematisch herauszuarbeiten, und wenn man von ihnen erwarten kann, daß sie sich Inhalte auf immer höheren Erkenntnis- und Reflexionsebenen vergegenwärtigen.“

## Lange Halbwertszeiten des gymnasialen Wissens

Inhaltlich müsse das Gymnasium nicht allen fachlichen Moden folgen, denn es habe Inhalte zu vermitteln, die von Bestand seien. „Es kann und muß sich auch angesichts kürzerer Halbwertszeiten des Wissens inhaltlich nicht ständig neu erfinden, denn zumindest der Kernbestand gymnasialer Bildung – der sprachliche und kulturelle Kernbestand – zeichnet sich aus durch ein Wissen, das sehr lange Halbwertszeiten hat“.

Nach einer Studie von Werner Heldmann aus dem Jahr 1984 gelte: Für alle (!) universitären Fachbereiche werden von den Professoren vier Gymnasialfächer als unentbehrlich eingeschätzt, nämlich Deutsch, Englisch und eine weitere Fremdsprache sowie Mathematik. „Ausgestattet mit Wissen und Können in den genannten Fächern wird sich der angehende Student jeder neuen fachlichen Herausforderung stellen können – auch den Herausforderungen, die sich ihm durch die Ökonomie, durch die Informatik oder durch die Elektronik neu stellen“.

Eine fundierte universitäre Hochschulreife sei auch „die beste Prophylaxe gegen hohe Quoten an Studienabbrechern und gegen überlange Studienzeiten“.

### „3. Die „Durchlässigkeit“ thematisieren und „Begabungsreserven“ ausschöpfen!“

Wenn von Durchlässigkeit im Schulsystem die Rede sei, dann in der Regel von der horizontalen Durchlässigkeit, also von den Möglichkeiten, „quer“ zwischen den Schulformen zu wechseln. Dafür dürften

aber nicht die Profile der Schulformen aufgelöst werden. Deshalb könne der „schulpolitische Grundsatz“ nur heißen: „Differenzierung so viel wie möglich, Durchlässigkeit so viel wie nötig“. Vorrang müsse im Zweifelsfall das Profil der jeweiligen Schulform haben, denn Durchlässigkeit pur bedeutete ja Einheitsschule.

### Vertikale Durchlässigkeit

Man müsse die vertikale Durchlässigkeit des Schulwesens sehen, beachten und fördern. Das meine konkret: „die Möglichkeit für einen Nicht-Gymnasiasten, zur Hochschulreife und zum Studium zu kommen“. Hinsichtlich dieser Durchlässigkeit sei es mit dem deutschen Schulwesen nicht eben schlecht bestellt. „Über alle sechzehn Bundesländer aufsummiert, gibt es rund 50 Wege zur Hochschulreife“. Es gebe also keine schulischen Sackgassen. Im besonderen solle man berücksichtigen, daß gerade das hochdifferenzierte berufliche Schulwesen in Deutschland früheren Haupt- und Realschülern hochqualifizierte Bildungswege zu anspruchsvollen Berufen und auch zur Hochschulreife biete.

Gymnasiale Potentiale gebe es noch bei der sozialen Durchlässigkeit. Mehr Kinder aus sogenannten bildungsfernen Schichten müßten auf den gymnasialen Bildungsweg gebracht werden.

### „4. Gymnasium ist nur mit gymnasialen Profis machbar; das gilt auch für deren Direktoren!“

Anspruchsvolles Gymnasium sei „nur mit qualifizierten und motivierten Gymnasiallehrern machbar“. Er warne vor einem Einheitslehrer und einer Lehrerbildung

„light“, wie sie bei der sturen und Überfüllung des Bolognaprozesses im Entstehen begriffen sei. „Gerade Lehrer des Gymnasiums können im Unterricht nur dann bestehen, wenn sie über ein Fachwissen weit über die Curricula hinaus verfügen“. Das setze ein anspruchsvolles Fach- und Vollstudium an der Universität voraus.

Diese Art von Professionalität der Philologenschaft müsse flankiert werden von einer ausgeprägten Professionalität und Unabhängigkeit der Gymnasial-Direktoren! Eine basisdemokratische Wahl des Schulleiters auf Zeit störe den Schulfrieden und führe zu einer Gefälligkeitspolitik in alle Richtungen. „Im Verein mit autonomer Schule wird aus dieser Maßnahme eine organisierte Nicht-Verantwortung.“

### „5. Den übernützlichen Wert gymnasialer Bildung betonen!“

Schulpolitik müsse sich wieder auf Anthropologie einlassen. Zu einer solchen „pädagogischen Anthropologie“ gehöre die Betrachtung des Menschen als „homo faber“ und als „homo ludens“.

Abseits der Vorbereitung auf wissenschaftliches Arbeiten müsse es zukünftig vermehrt darum gehen, das Gymnasium als die Schule der Vermittlung von besonders anspruchsvollem kulturellem Wissen und Können zu definieren. Gerade gymnasiale Schulpolitik müsse den Grundsatz verteidigen, „daß Bildung einen übernützlichen Wert hat“.

„Eine Reduktion von Bildung auf das Marktgängige bedeutet einen Verlust an kulturellen Optionen“.

Deshalb müsse es gerade im Gymnasium („wo sonst in diesem Maße?“) um einen Grundbestand an Literaturkenntnis gehen, im Fach Musik um einen Grundbestand an Werkkenntnis. Und zwar deshalb, weil kanonisches Wissen eine Kommunikationsgrundlage ist und weil ein zu schmales Wissen (ein Wissen unter aller „Kanone“) anspruchsvolle Kommunikation erst gar nicht entstehen ließe. „Im Lande eines Bach und Beethoven, Kant und Hegel, Goethe und Schiller, Humboldt und Spranger darf man das nicht vergessen“.

Seine mit viel Beifall und Zwischenapplaus begleitete Rede beendete Kraus mit einigen vergleichenden Bemerkungen zur Stellung des Gymnasiums im Umfeld anderer Schulformen.

Angesichts der spezifischen Bildungs- und Sozialisationsaufgaben sind weder Neid noch Dünkel angebracht.



Lauschen dem Grußwort der Ministerin:  
Festredner Josef Kraus, Ministerialdirigent i. R. Dr. Detlev Acker,  
BFW-Vorsitzender Dr. Winfried Holzapfel (v. r. n. l.).

Foto: Sven Lorenz

## Das Sprachkonzept für die erste und zweite Fremdsprache am Steinbart-Gymnasium Duisburg

Als selbständige Schule hat das Steinbart-Gymnasium ein modifiziertes Sprachenkonzept für die erste und zweite Fremdsprache etabliert.

Alle Schülerinnen und Schüler beginnen in Jahrgangsstufe 5 mit Englisch als erster Fremdsprache. Englisch wird grundsätzlich nach der regulären Stundentafel unterrichtet.

Daneben wird für leistungsstarke Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit angeboten, bereits ab Klasse 5 als vorgezogene zweite Fremdsprache Französisch oder Lateinisch zu erlernen.

Für Schülerinnen und Schüler mit höherem Förderungsbedarf wird statt dessen angeboten, zusätzlichen stützenden Unterricht im Fach Englisch zu erhalten („Zusatz“).

### Steinbart-Modell für die Jahrgangsstufe 5:

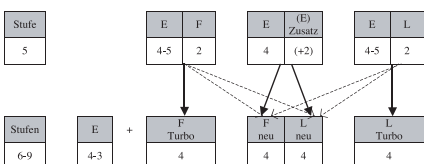
Stufe	E	E	F	E	E Zusatz	E	L
5	4	4	2	4	2	4	2

Am Ende der Jahrgangsstufe 5 ergeben sich nun unterschiedliche Möglichkeiten.

Schülerinnen und Schüler, die in der Jahrgangsstufe 5 die vorgezogene zweite Fremdsprache belegt haben, weiterhin überzeugt sind, die richtige Sprache gewählt zu haben und deren Anforderungen gewachsen sind, gehen in der Jahrgangsstufe 6 in Kurse der zweiten Fremdsprache über, die auf dem Unterricht der Jahrgangsstufe 5 aufbauen und in höherer Progression zum Abschluß der Sekundarstufe I führen („Turbo“).

Schülerinnen und Schüler, die in der Jahrgangsstufe 5 die vorgezogene zweite Fremdsprache belegt haben, den Anforderungen nicht gewachsen waren oder sich für die falsche zweite Fremdsprache entschieden haben, gehen zusammen mit den Schülerinnen und Schülern, die in der Jahrgangsstufe 5 keine vorgezogene zweite Fremdsprache belegt haben, in der Jahrgangsstufe 6 in die neu einsetzenden Regelkurse der zweiten Fremdsprache über.

### Steinbart-Modell beim Übergang von der Jahrgangsstufe 5 in die Jahrgangsstufen 6–9:



**NRW-Schulministerin Barbara Sommer übergibt den Preis der Landeselternschaft an den Schulpflegschaftsvorsitzenden des Steinbart-Gymnasiums Duisburg, Frank Kopatschek. In der Mitte (mit Urkunde) freut sich Schulleiter Peter Michael Minnema.**

Gegenüber der in den Stundentafeln vorgesehenen Variante für eine vorgezogene zweite Fremdsprache (Stundentafelmodell) ergeben sich aus Sicht der Schule einige Vorteile:

- Die vier unterschiedlichen Möglichkeiten des Spracheneinstiegs ermöglichen eine weitergehende Differenzierung entsprechend den Neigungs- und Begabungsschwerpunkten der individuellen Schülerinnen und Schüler im Bereich der modernen Fremdsprachen als im Stundentafelmodell.
- Zu Beginn der Jahrgangsstufe 5 ist nicht in jedem Fall absehbar, ob eine Schülerin oder ein Schüler neben den Schwierigkeiten der Gewöhnung an die neue Schule der zusätzlichen Belastung durch eine vorgezogene weitere Fremdsprache gewachsen ist. Ein Scheitern in der vorgezogenen zweiten Fremdsprache nach dem Stundentafelmodell hat zwangsläufig die Wiederholung der Jahrgangsstufe 5 zur Folge. Beim Steinbart-Modell können Schülerinnen und Schüler, die den Anforderungen der vorgezogenen Fremdsprache nicht gewachsen waren, in der 6 in den neu einsetzenden Kurs der zweiten Fremdsprache einsteigen, ohne ihre Schullaufbahn unterbrechen zu müssen.
- Schülerinnen und Schüler, die in der Jahrgangsstufe 5 festgestellt haben, daß die zweite Fremdsprache ihren Erwartungen nicht entspricht, können mit Beginn der Jahrgangsstufe 6 noch einen Wechsel vornehmen.
- Der Differenzierungsaufwand ist überschaubar. Außer den zweistündigen Zu-

satzkursen in der Jahrgangsstufe 5 ist kein Mehraufwand erforderlich.

- Gegenüber dem Stundentafelmodell wird Englisch in der Jahrgangsstufe 5 mit 4 statt 2 Wochenstunden unterrichtet. Auch wenn in der Grundschule bereits Englischunterricht erteilt worden ist, führt eine so weitgehende Reduzierung der Wochenstundenzahl eines Fachs zu einem Bruch im Bildungsgang.

### „Chancen ohne Risiken“

Seitens der Schule weist man darauf hin, daß dieses Konzept in „enger, kritischer und erfolgreicher Kooperation von Eltern, Lehrern und Schülern entwickelt worden ist und umgesetzt wurde“. Es habe beim Übergang von der Grundschule zum Gymnasium in den drei Jahren seines Bestehens „hohe Akzeptanz“ gefunden. Auch seien die ersten Praxiserfahrungen sehr gut gewesen.

Die Jury hat das Konzept mit folgenden Attributen belegt: „sehr gute, einfach und preiswert umzusetzende Idee des ersten und zweiten Fremdspracherwerbs, fehlentscheidungsfreundlich“. Es sei „einfach, aber genial“, biete „Chancen ohne Risiken“ und fördere die Durchlässigkeit.

Bei Schulen, die dieses Sprachenkonzept übernehmen wollen, wird zu prüfen sein, wie weit ihnen die variable Stundenplanung in Eigenverantwortung und mit dem verfügbaren Stundenpotential möglich ist.

Wer an den anderen Konzepten interessiert ist, dem sei eine Orientierung auf der Startseite der Landeselternschaft empfohlen: [www.le-gymnasien-nrw.de](http://www.le-gymnasien-nrw.de)

Junge Wissenschaftler präsentierten Forschungsergebnisse

## Prävention als ein Ziel der Gesundheitspolitik

Gepflegte Kontroversen auf dem Kongreß der  
Hanns-Martin-Schleyer- und der Heinz-Nixdorf-Stiftung



**Professor Dr. Peter Oberender beim  
Eingangsstatement.** Fotos: fdw

In Kooperation mit der Heinz-Nixdorf-Stiftung hielt die Hanns-Martin-Schleyer-Stiftung in diesem Jahr vom 8. bis 9. Juni 2006 in Köln einen Förderkongreß mit jungen Wissenschaftlern ab.

Die Tagung stand unter dem Thema:

*„... und ein langes, gesundes Leben“ –  
Prävention auf dem Prüfstand: Wieviel  
organisierte Gesundheit – wieviel Eigenverantwortung?*

Der Einladung nach Köln in die Räumlichkeiten der Industrie- und Handelskammer waren zahlreiche Wissenschaftler gefolgt. Sie hörten zunächst Vorträge mit klaren Ansagen zur Gesundheitspolitik und erlebten sofort gegensätzliche Aussagen zur Finanzierung der Hochschulen: Professor Dr. Peter Oberender forderte in seinem Einleitungsstatement – im Gegensatz zu der Stellvertretenden Rektorin der Universität Köln, die in ihrem Grußwort darin eine Gefahr für die Freiheit der Forschung gesehen hatte, – die Universität müsse sich auch von außen finanzieren lassen. Im ersten Thesenvortrag zeigte sich Professor Dr. Walter Krämer von der Universität Dortmund, Bereich

Wirtschafts- und Sozialstatistik, kritisch gegenüber dem Glauben an den Nutzen durch Prävention: Die Sterblichkeitsrate bleibe ja doch bei 100 Prozent. Es würde sich nur die Krankheit ändern, an der man stürbe. Er machte vor allem auf die Tragik der positiv falschen Diagnose aufmerksam, die oftmals zu einer falschen und verhängnisvollen Prävention führe. Differenziert und wegen der mediengestützten Präsentation zugleich anschaulich verdeutlichten Professor Dr. Holger Pfaff (Universität zu Köln, Medizinische Soziologie) und Professor Dr. Joachim Schultze (Klinikum der Universität zu Köln, Klinik für innere Medizin) ihre Thesen, wobei mit seinem Vortrag „Paradigmenwechsel: von der Prävention zur Prädiktion“ Professor Schultze auf neueste Forschungsmöglichkeiten mit ihren Chancen einging, während Professor Pfaff „vom Kindergarten über Schule/Beruf bis zum Altersheim“ Etappen der Prävention beschrieb, in denen immer neu und anders Prävention und Gesundheitsbewußtsein geweckt und geschult werden müsse. Eine Podiumsdiskussion rundete das Themenspektrum ab, wobei nicht nur Mediziner, sondern auch andere Wissenschaftler zu Wort kamen.

Der Nachmittag des ersten Kongreßtages galt der Arbeit in Arbeitskreisen, in denen gerade die jungen Wissenschaftler mit Forschungsergebnissen und Diskussionsbeiträgen eine Hauptrolle spielten.

Weitere Vorträge am Abend und am Vormittag des zweiten Tages schöpften die Thematik weiter aus.

Die glänzend organisierte Tagung hatte ihren geselligen Höhepunkt in einer abendlichen Schiffstour auf dem Rhein.

Zuvor waren noch vier junge Wissenschaftler mit Preisen für ihre Posterwürfe zum Thema „Gesundheitsprävention“ ausgezeichnet worden. Diese Poster stellten ihre vielfältigen und innovativen Forschungsansätze plakativ dar. Wie sehr die Hanns-Martin-Schleyer-Stiftung mit dem Tagungsthema und dem Adressatenkreis ins Schwarze getroffen hatte, zeigt beispielhaft die Tatsache, daß über 200 Poster junger Wissenschaftler für diesen Wettbewerb auf Empfehlung von Professoren und Institutsleitern eingereicht worden waren.

Wie üblich werden alle Tagungsbeiträge den Interessierten von der Stiftung in einer Tagungsbroschüre zugänglich gemacht werden. *Winfried Holzapfel*



**Auf dem Podium: Professor Dr. Joachim Schultze (links), Professor Dr. Walter Krämer.**

## Gewalt an Berliner Schulen erregt die Republik

# Das Rütligeschwür

## Deutschlandweit muß man sich der Mißstände im Bildungswesen annehmen

*In unregelmäßigen Abständen erschrecken Berichte über Gewalt an Berliner Schulen die Republik. Man könnte fast von einem Rütliyndrom sprechen, das freilich nicht nur, aber doch auffallend häufig in Berlin vorkommt.*

*Es steht außer Frage, daß es sich hierbei um eine Schande handelt. Gewalt ist das Krebsgeschwür im Bildungswesen. Dem muß entgegengewirkt werden. Welche Rezepte wirken?*

Der Berliner Senator für Bildung, Jugend und Sport, Klaus Böger, lobte im Vorwort zu „Bildung für Berlin“<sup>1</sup> das Berliner Frühwarnsystem der Meldepflicht von Gewaltvorgängen als „einmaliges Instrument“:

„Die Gefahr, daß Kinder und Jugendliche zu Intensivtätern werden, schwindet, wenn auf frühe Signale von Gefährdung angemessen reagiert wird. Die Meldungen der Schulen sind daher die unerläßliche Voraussetzung, um nicht nur im individuellen Fall, sondern auch auf Landesebene Hilfen zu entwickeln und langfristig zu erhalten.

### Humanitätsgrad einer Gesellschaft

Ich weiß um die Schwierigkeiten einer gezielten familienbezogenen Prävention und Intervention gerade bei gefährdeten Familien. Dennoch führt daran kein Weg vorbei, denn an solcher Anstrengung mißt sich der Humanitätsgrad einer Gesellschaft...

Innerhalb von 24 Stunden erreichen die Meldungen der Schulen die Schulpsychologen für Gewaltprävention und Krisenintervention. In der Folge beraten diese ergänzend zur Schulaufsicht. Sie kennen die Hilfeangebote der Jugendhilfe und Polizei vor Ort ebenso wie die Angebote freier Träger im Bereich der Gewaltprävention – und sie nutzen sie umgehend. Denn ihr Verstehen heißt nicht einverstanden zu sein. Die Voraussetzung jeder wirksamen Hilfeleistung aber ist nach der Meldung des Vorfalls die Klärung der individuellen Situation und der Umgebungsfaktoren. Letztere tragen, wie wir wissen, häufig dazu bei, daß jemand einen Weg der Selbst- und Fremdgefährdung einschlägt. Mit dieser Fundierung wird zeitnah und konsequent interveniert.

Sowohl dieser Bericht als auch die im Herbst erscheinenden `Notfallpläne` als Handreichung zum Rundschreiben `Hinsehen und Handeln` I Nr. 41/2003

bieten neben der klaren Diagnose der Gewaltsignale aus den Schulen viele Hinweise und Hilfen.

### Gestaltung eines menschenwürdigen Lebens

Ich bitte Sie um Ihre Unterstützung für das gemeinsame Ziel, Schulen als einen sicheren Ort zu bewahren; als einen Ort, an dem Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler das Wissen zur Gestaltung eines menschenwürdigen Lebens weitertragen und es in einem kooperativen Miteinander in der Schule erfahrbar machen.“

Das Vorwort spricht Bände: Der politische Wille beruft sich auf sittliche Verpflichtung. Administratives Handeln wird bewußt auf menschenwürdiges Leben ausgerichtet. Bei aller Sorge ist der Tenor optimistisch. Dennoch: Bei allem Respekt vor dem hohen Anspruch und den mit hehren Worten beschriebenen Zielen: Die spektakulären Vorfälle sind nicht gestoppt. „Rütli“ war bei Abfassung dieses Vorworts noch Zukunft. Die Krankheit sitzt tief.

Ob der aufziehende Berliner Landtagswahlkampf geeignet ist, umfassende Ursachenforschung zu treiben und den von Böger als „beispielhaft“ bezeichneten Weg Berlins als den einzig richtigen oder aber als ergänzungsbedürftig zu klassifizieren, wird man sehen.

Nach den Ereignissen an der Rütli-Schule in Berlin-Neukölln und zu den Diskussionen einer Einheitsschule als Problemlösung auf dem folgenden SPD-Parteitag äußerte sich Gerhard Schmid, Vorsitzender des Fachausschusses Schulpolitik und berufliche Bildung der CDU Berlin und Mitglied der Programmkommission des Spitzenkandidaten der CDU Berlin, Dr. Friedbert Pflüger, Anfang April 2006 in einer Pressemitteilung folgendermaßen:

„Nicht die Hauptschule ist das Problem, auch nicht die Hauptschüler sind es,

sondern die über zwei Jahrzehnte verfehlte Integrationspolitik und die fehlende Werteerziehung in Berlin.

### Fehlende Werteerziehung

Kinder und Jugendliche, ohne hinreichende Sprachkenntnisse in einer Gewaltumgebung ohne positive Wertorientierung aufgewachsen, werden ohne Änderung der Schulpolitik auch in kombinierten Haupt-/Realschulen oder in Gesamtschulen nicht von guten, leistungs- und wertorientierten Schülern lernen, sondern auch diesen das Lernen sehr erschweren.

Berlin hat für verhaltensgestörte und -auffällige Schüler keine Sonderschulen, keine Sonderklassen und keine geschlossenen Heime. An Hauptschulen, Sonderschulen für Lernbehinderte und Gesamtschulen sind es immer nur wenige, die die großen Gewaltprobleme verursachen (bei 360.000 Schülern gab es weniger als 900 Gewaltmeldungen von den Schulen = 0,25 % der Schüler, bei 99,75 % gab es keine). Für sie gibt es keine Sondereinrichtungen zum Schutz der überwiegenden Mehrzahl der Schüler auch an den Hauptschulen.

### Verfehlte Integrationspolitik

Berlin zeigt sich darin wieder einmal unter diesem Senat verantwortungslos.

Jahr für Jahr wurden seit über 20 Jahren 50 Millionen Euro vom Staat allein für ca. 1.000 Lehrkräfte zur Sprachförderung der Schulkinder ausgegeben - offensichtlich bei der Hälfte der Migrantenkinder ohne Erfolg, die andere Hälfte hat sich vernünftig integriert. Es fehlte für eine flächendeckende Spracherziehung in Deutsch der Wille auf allen Ebenen und die Bereitschaft, an Deutschland zu denken und nicht an Multikulti.

Das Problem sind die vielen Kinder und Jugendlichen aus Migrantenfamilien, die ohne oder mit archaischen Werten aufwachsen. 1/3 aller ausländischen Ju-

gendlichen, ohne Berücksichtigung derjenigen aus Migrantenfamilien, die eingebürgert wurden, wurden im Jahr 2005 straffällig.

### Erziehungsoffensive für positive Werte

Die Familien, der Staat, die Kirchen, die Kindertagesstätten und die Schulen, die gesamte Gesellschaft in Berlin, müssen eine Erziehungsoffensive mit einem langen Atem starten mit der Vermittlung von positiven Werten, die Kinder und Jugendlichen hinführen zu einer Kultur der Verantwortung, für sich selbst, für die Mitmenschen, für unser Gemeinwesen und für das Gemeinwohl - und Null-Toleranz zeigen gegen kriminelles oder an Gewalt orientiertes Verhalten. Die Erwachsenen müssen hierfür auch Vorbild sein.“

Wie sehr über Berlin hinaus die Berliner Vorfälle die Republik beschäftigen, zeigt beispielsweise die Stellungnahme des Vereins katholischer deutscher Lehrerinnen (VkdL). Darin heißt es unter anderem:

„Der Ruf nach Abschaffung der Hauptschule und Übernahme der Migranten in andere Schulformen bringt weder Hilfe noch Besserung...“

Die Hauptschule braucht vor allem eine bessere personelle Ausstattung. Neben Lehrern sind Sozialpädagogen, Werklehrer und Schulpsychologen unverzichtbar. Handwerker und Menschen aus der Berufspraxis sind anzusprechen und in die Schulen zu holen, damit die Jugendlichen Kontakt zum Berufsleben bekommen und diese Kontakte im Schonraum der Schule entwickeln können. Sie müssen erfahren, daß sie gebraucht werden und Perspektiven aufbauen können“.

Der CDU-Abgeordnete Michael Solf<sup>2</sup> forderte unter dem Eindruck der Ereignisse an der Rütli-Schule anlässlich einer Schuldebatte des nordrhein-westfälischen Landtags vollen Einsatz im Kampf gegen „Verrohung, Dummheit und Verwahrlosung in unserer Gesellschaft“ und legte ein Bekenntnis zur Hauptschule ab. Er meinte, wie angesehen eine Schulform sei und was sie leiste, hänge davon ab, „wie wir mit ihr umgehen“. Als ein Beispiel positiven Engagements nannte er die Hertie-Stiftung.

### Initiative Hauptschule

Die Hertie-Stiftung unterstützt die „Initiative Hauptschule“, einen Zusammenschluß von Eltern-, Lehrer- und Wirtschaftsverbänden, der gegründet wurde mit dem Ziel,

die Hauptschule als Schulform und wichtiges Element der Schulstruktur zu erhalten, zu unterstützen und weiterzuentwickeln. Im Rahmen dieser Initiative loben die Gemeinnützige Hertie-Stiftung und die Robert-Bosch-Stiftung den Hauptschulpreis aus.

Die letztjährige Preisverleihung am 27. April 2005 fand im Beisein von Bundespräsident Horst Köhler in Berlin statt.



*Mittendrin und gern dabei – Bundespräsident Horst Köhler.*

In seiner Ansprache würdigte dieser die „pädagogischen Spitzenleistungen“ der Preisträgerschulen und die Leistungen der Schülerinnen und Schüler. Der Hauptschulpreis zeige, „was Hauptschulen leisten und was Hauptschülerinnen und Hauptschüler schaffen“. Der Bundespräsident sagte wörtlich: „Was ihr gelernt habt, das besitzt ihr. Darauf könnt ihr stolz sein. Ihr habt euch für die Schule begeistern lassen; ich bin sicher, daß ihr mit eurer Begeisterung auch andere anstecken könnt.“ Er empfahl den Schülerinnen und Schülern, in ihren Bewerbungen um einen Ausbildungsplatz „Teilnahme am Hauptschulpreis“ zu vermerken.

Der Bundespräsident unterstrich seinen Respekt vor der Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer, die „mehr öffentliche Anerkennung“ verdiene.

Mit seiner Mitwirkung zeigte der Bundespräsident sein persönliches Interesse an den jungen Menschen. Seine Anwesenheit machte den Stellenwert deutlich, den er gerade dieser Initiative im Schulbereich beimißt.

### „Patriotische Pflicht“

Unter großem Beifall der zahlreich anwesenden Schülerinnen und Schüler sagte Lehrerverbandspräsident Josef Kraus in einer ZDF-Sendung ( Forum „Notfall Schule“) als Antwort auf die Charakterisierung der Hauptschule als „Restschule“ durch die Moderatorin:

„In Westdeutschland gehen 30 Prozent der 15jährigen in die Hauptschule. Wir haben Parteien, die machen 25 Prozent und fühlen sich nicht als Restparteien, sondern als Volksparteien. Also, um bloß das in die Relation bringen. Mich ärgern solche Sprüche über Hauptschulen maßlos. Das ist eine Diskreditierung von 7.000 Lehrern und von Hunderttausenden von Schülern, die viel besser sind, als es dieser öffentliche Ruf hermacht und auch noch von Professoren unterstützt wird.“

Schauen Sie sich an die Ergebnisse des Hauptschulpreises des Bundespräsidenten. Seit 1999 gibt es den alle zwei Jahre. Es ist gigantisch, was hier geleistet wird. Da könnten sich auch viele Realschulen und Gymnasien eine Scheibe abschneiden...

Es ärgert mich zweitens maßlos – aus der Perspektive der jungen Leute und auch als Lehrer – daß Wirtschaft ständig ein Lippenbekenntnis pro Hauptschule, pro gegliedertes Schulwesen, im Munde führt, aber letztendlich Zweidrittel der ausbildungsberechtigten Betriebe nicht ausbilden und letztendlich die Hauptschüler runterfallen. Es wäre die patriotische Pflicht der deutschen Wirtschaft, gerade auch der Großindustrie – vom Mittelstand weiß ich, daß da vieles geleistet wird – wirklich an diese Klientel stärker ranzugehen und denen Chancen zu bieten.“

Auch das wäre ein Ansatz: ein pragmatischer. Er wäre wunderbar konkret und hat – um Bögers Diktum aufzunehmen – mit der „menschenswürdigen Gestaltung des Lebens“ zu tun.

Es ist erfreulich zu sehen, daß sich in dieser Hinsicht vieles entwickelt. Die politischen Absichtserklärungen, viele Stellungnahmen, die Meinungsäußerungen engagierter Prominenter zeigen: Es gibt viele Wege, der Misere beizukommen.

Man muß sie nur gehen, alle! Das könnte die diagnostizierte Krankheit – das „Rütligeschwür“ – heilen.

Winfried Holzapfel

<sup>1</sup> Aus der Reihe „Verstehen und Handeln“, herausgegeben von der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport über „Gewaltssignale an Berliner Schulen 2004/2005“

<sup>2</sup> Der CDU-Politiker ist Mitglied des Landtages Nordrhein-Westfalen seit Oktober 1999; stellv. Vorsitzender des Schulausschusses, ordentliches Mitglied im Kulturausschuß, ordentliches Mitglied im Ausschuß für Generationen, Familie und Integration (Migrationsbeauftragter).

## Wissenschaft und Bildung

**Gesichter der Wissenschaft. Eine Studie über gesellschaftliche Klischees von Wissenschaft. Hrsg. von Eva-Maria Engelen und Rainer Maria Kiesow, Berliner Wissenschafts-Verlag, 2005, 128 S., 24,80 Euro, ISBN 3-830-51014-4**

Ein bemerkenswertes Buch! Es geht von der Frage aus, wie sich Wissenschaft, wie sich Wissenschaftler im Blick ihrer Beobachter und der Öffentlichkeit darstellen, wobei die subjektive Wahrnehmung ausschlaggebend ist. Den Ausgangspunkt bildete eine (suffisant-) empirische Studie zum Bild von Wissenschaftlern in der Öffentlichkeit, erhoben von Alexandra M. Freund, jetzt am Schluß des Buches plaziert. Danach stellen sich die meisten Befragten unter Wissenschaftler einen Mann fortgeschrittenen Alters mit Brille vor, fleißig, introvertiert, zerstreut. Unterschiedlich werden die Disziplinen eingeschätzt: Respekt empfindet man besonders vor Mathematik und Naturwissenschaften, beim „Dr.-Seltsam-Faktor“ liegen Genetik und Chemie vorn. Bei der Frage, wie gern die Befragten einen Sohn oder Schwiegersohn aus bestimmten Disziplinen hätten, liegen Mathematiker, Physiker und Ökologen in Führung, die Philosophen rangieren am Schluß (dafür liegen sie im Punkt Verrücktheit vorn). Bei der Arroganz liegen die Rechtswissenschaftler in Führung, bei der Emotionalität die Erziehungswissenschaftler. Beide finden sich bei der Frage, wer Politik beraten sollte, kurz hinter den Ökonomen und Ökologen plaziert. Der Rezensent hofft, den Leser mit dieser kleinen Auswahl neugierig gemacht zu haben.

Der vordere, längere Teil schildert die Lebens- (Verhaltens-) weise von Wissenschaftlern verschiedener Disziplinen, namentlich ihr unterschiedliches Agieren auf den Fachkongressen, einschließlich Kleidung und Habitus. Aber auch der Alltag an der Universität findet Beachtung, besonders ausführlich der eines Chemikers. Die ironische, aber doch auch von Sympathie für die Wissenschaftler getragene Darstellung von deren Person und Lebenswelt wird viele Leser zum Schmunzeln, vielleicht auch zum Nach-

denken bringen. Eingefügt sind 19 Porträts von Dekanen verschiedener Disziplinen, wie Elmar Lixenfeld sie sich vorstellt, immer etwas knochig und kantig.

Man darf dem Berliner Wissenschafts-Verlag und den Förderern dankbar sein, daß sie dieses Bändchen für uns geschaffen und publiziert haben. Der nicht ganz niedrige Preis sollte einer weiten Verbreitung des Buches, so ist zu hoffen, nicht im Wege stehen.

*Günter Püttner*

**Andreas Dörpinghaus/Andreas Poenitsch/Lothar Wigger: „Einführung in die Theorie der Bildung“, Wissenschaftliche Buchgesellschaft Darmstadt 2006, 160 S., 9,90 Euro, ISBN 3-534-17519-0**

„Es gibt eine wachsende Desorientierung. Unser kulturelles Gedächtnis löst sich auf. Geschichtsunterricht ist in den meisten Schulen in der Oberstufe seit langem abgeschafft zugunsten politischer Weltkunde oder ähnlicher Fächer. Ich lehre an der Humboldt-Universität, Friedrich II. kennen die Studenten noch, aber davor ist Dunkel.“ Spiegel: „Fehlanzeige auch bei Luther oder Barbarossa?“ Antwort: „Weit schlimmer. Mich fragen Studenten im 5. Semester: ‚Was ist denn das gewesen, ‚ne Kirche? Was haben die Menschen da früher gemacht? Eine Moschee haben wir ja schon mit der Schule besucht, wegen der Toleranz und so‘.“

Dieses Zitat aus einem Gespräch des Direktors des Deutschen Historischen Museums Hans Ottomeyer und dem „Spiegel“ (21/2006) kennzeichnet den Zustand nicht nur der Bildung in Deutschland, es kennzeichnet auch den Zustand der bildungspolitischen Diskussion über Bildung. Denn es geht in dieser Debatte höchstens noch am Rande um Kultur und kulturelles Gedächtnis oder konkret um kulturelle Inhalte, es geht um Struktur-, es geht um Professionalisierungs-, es geht um Finanzierungsfragen, und es geht ggf. um Neurobiologie und „Zeitfenster“. Was Schüler schulformbezogen „mitnehmen“ sollen, was also „in ihren Köpfen“ an (Allgemein-)Bildung letztendlich vorhanden sein soll, scheint nur noch ein paar „Bildungsbürger“ zu interessieren.

### **Theoretische Würdigung und historische Anschaulichkeit**

Da kommt das Buch der Erziehungswissenschaftler Dörpinghaus (Duisburg-Es-

sen), Poenitsch (Koblenz) und Wigger (Dortmund) gerade recht. Die Autoren haben sich, didaktisch überzeugend aufbereitet und ohne den sonst so störenden „Jargon der Eigentlichkeit“, die Mühe gemacht, einmal über Bildung selbst nachdenken zu lassen und das nicht nur abstrakt, sondern durch den Kontext von theoretischer Reflexion mit markanten, an maßgeblichen Personen festgemachten historischen Stationen des Bildungsbegriffs bis in die Gegenwart. Sie verbinden daher eben diese theoretische Würdigung mit historischer Anschaulichkeit. Dabei werden nicht nur die bekannten Protagonisten behandelt, Humboldt, Hegel, Nietzsche und Adorno und schließlich aktuelle bildungstheoretische Positionen bis hin zu Klafkis „Schlüsselproblemen“. Am Anfang steht Platons Höhlengleichnis und eine damit einhergehende sehr einleuchtende Interpretation für diesen pädagogischen Kontext. Dabei fällt nicht nur auf, wie sehr sich damalige Entwürfe durch die natürlich bildungsgesättigte Tiefe der Reflexion ihrer Autoren vom Klein-Klein unserer Tage unterscheiden. Es fällt auch auf, wie viel bereits von dem, was wir heute wieder debattieren, schon in der Formulierung längst vorgedacht ist: das „Lernen des Lernens“ bei Humboldt, Bildung als Aneignung von „Kultur“ bei Hegel, Bildung als „Ware“ bei Nietzsche, Sprache als Fundament von Bildung bei Humboldt und Nietzsche. Und der Begriff der „Halbbildung“ bei Adorno kann ebenfalls auf Nietzsche (und Paulsen!) zurückverweisen, wobei sich Adornos’ Formulierung, Bildung sei Kultur nach der subjektiven Seite ihrer Aneignung, wiederum mit Hegel trifft. Überzeugend auch die Kritik am Sozialisations- oder der Hinweis auf die Grenzen des allenthalben verwendeten, aus der Psychologie stammenden Kompetenzbegriffs, reflektiert werden auch die Zusammenhänge zwischen Bildung und Erziehung und Bildung und Wissen.

### **Ohne Wissen keine Bildung**

Wobei es zweifellos ein Mißverständnis wäre, Bildung und Wissen gleichzusetzen, aber ohne Wissen bleibt Bildung ein Nullcode. Und das bezieht sich insbesondere auf das, was wir „Schulbildung“ nennen. Natürlich sind Bildung und Schulbildung nicht identisch. Und natürlich ist ein Bildungsprozeß ein nie abgeschlossener Prozeß. Schulbildung hingegen ist irgendwann abgeschlossen. Wenn sich aber der Zusammenhang zwischen einem verbindlichen Grundwissen, wie

es die Schule vermitteln muß, und sich darauf aufbauenden individuell orientierten Bildungsprozessen weiter auflöst, dann wird das sich auch weiter verschärfen, was Hans Ottomeyer eingangs beklagt hat, nämlich das Verdampfen des kulturellen Gedächtnisses. Und da ist mir eine solide „Halbbildung“ allemal lieber als ein immer mehr gegen Null tendierendes Grundwissen in vielen Bildungsbereichen. Denn dann können wir das Reden über „Kulturstaat“ und „Leitkultur“ gleich ad acta legen.

*Jörg-Dieter Gauger*

**Jörg-Dieter Gauger (Hrsg.): Bildung der Persönlichkeit. Verlag Herder Freiburg im Breisgau 2006, 468 S., 18,00 Euro, ISBN 3-451-23017-8**

Immer häufiger vermittelt sich der Eindruck, als sei es vorrangige oder gar ausschließliche Aufgabe von Schulpolitik und Schulpädagogik, einer Nation vordere Ranking-Plätze bei internationalen Vergleichstests zu vermitteln und junge Leute PISA-tauglich zu machen. Dementsprechend eng ist das Verständnis von „Bildung“, das zahlreiche Bildungspolitiker, Erziehungswissenschaftler und Publizisten gezielt medienwirksam vertreten. Und obwohl auch PISA bestätigt hat, daß gerade diejenigen deutschen Länder mit dezidiert differenzierter Schulstruktur eindeutig überlegen sind, ist der Glaube an die angeblichen Segnungen der Gesamtschule trotz deren durchschlagender Erfolglosigkeit in Deutschland nicht aus den Köpfen zu kriegen.

Der von Professor Dr. Jörg-Dieter Gauger herausgegebene und jetzt bei Herder erschienene Band „Bildung der Persönlichkeit“ läßt sich von diesem „Mainstream“ nicht beeindrucken. Vielmehr plädieren Gauger und seine Mitautoren klar und bestimmt und zugleich in ausgewogener Argumentation für eine Wiedergewinnung der anthropologischen Dimension schulischer Bildung und dementsprechend für ein umfassendes Verständnis von Bildung jenseits des um sich greifenden Nützlichkeits- und Meßbarkeitswahns.

#### **Kanonisches Wissen**

Ein umfassendes und fundiertes Verständnis von Bildung konkretisiert sich in

dem Band exemplarisch jedenfalls anhand von Kerncurricula für die Fächer Deutsch, Geschichte, Politik/Sozialkunde, Mathematik, Physik und Musik in einem Plädoyer für die schulische Vermittlung kanonischen Wissens. Zudem lassen die Beiträge zum Gymnasium, zur Realschule und zur Hauptschule keine Zweifel daran, daß die Autoren das gegliederte Schulwesen auch zukünftig für das richtige halten, um zugleich dem Wohl des Einzelnen wie auch dem Gemeinwohl optimal zu dienen.

Gauger, hauptberuflich bei der Konrad-Adenauer-Stiftung tätig, ist es gelungen, mit Bernhard Vogel, Karin Wolff, Christoph Führ, Horst Wollenweber, Georg-Berndt Oschatz, Konrad Fees, Jürgen Rekus, Volker Ladenthin, Christine Henry-Huthmacher, Ulrich Bliesener und Josef Kraus zahlreiche namhafte Autoren zu gewinnen. Aber nicht nur wegen der heterogenen Provenienz der Autoren, sondern auch wegen der erfreulich vielfältigen Zugänge zur Persönlichkeitsbildung ist Gaugers Band eine zahlreiche Leserschaft zu wünschen. Noch mehr aber sind den öffentlichen Stichwortgebern in Sachen Schule der Mut und die Muße zu wünschen, sich auf diesen Band einzulassen. Die bisweilen reichlich hyperaktive Bildungsdebatte gewänne damit zugleich wieder mehr Bodenhaftung und Tiefgang.

*Winfried Holzapfel*

**Reinhard Fatke und Hans Merckens (Hg.): Bildung über die Lebenszeit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2006; 325 S., 39,90 Euro, ISBN 3-531-14924-5,**

Die Pädagogik wurde über Jahrhunderte hinweg verstanden als Lehre oder Theorie von der Erziehung einer bestimmten Altersgruppe, nämlich von Kindern und Jugendlichen. Das Werk der Erziehung sollte abgeschlossen sein, wenn sie das Erwachsenenalter erreichen. Erst im 20. Jahrhundert sind – entsprechend der zunehmenden Bedeutung der „Bildung über die Lebenszeit“ – nach und nach auch die späteren Lebensabschnitte dazugekommen. Gleichzeitig hat sich der Blickwinkel gewandelt: Während die Menschen früher häufig als mehr oder weniger formbare Objekte der erzieherischen Einwirkung betrachtet worden sind, werden

sie in modernen Theorien als eigenständige Wesen und (Mit-)Gestalter der eigenen Bildung aufgefaßt.

Beides – sowohl die Ausdehnung der pädagogischen Bemühungen auf den gesamten Lebenslauf als auch die Betonung der Eigentätigkeit des Menschen bei seiner Selbst-Bildung – kommt in dem neuen Sammelband von Reinhard Fatke und Hans Merckens deutlich zur Geltung. Der Band geht auf einen Kongreß zurück, den die Deutsche Gesellschaft für Erziehungswissenschaft, die Schweizerische Gesellschaft für Bildungsforschung, die Schweizerische Gesellschaft für Lehrerinnen- und Lehrerbildung und die Österreichische Gesellschaft für Forschung und Entwicklung im Bildungswesen im März 2004 an der Universität Zürich veranstaltet haben. Er enthält neben dem Eröffnungsvortrag die fünf Parallelvorträge, die dort gehalten wurden, und 19 zusammenfassende Berichte über die Symposien.

#### **Spannbreite der Beiträge**

Die Spannbreite der Beiträge ist beträchtlich. Sie reicht von einer kritischen Betrachtung der Geschichte des Bildungsbegriffs (Roland Merten) über hauptsächlich theorieorientierte systematische Erörterungen bis zu Überblicksdarstellungen mit den wichtigsten Ergebnissen aus laufenden oder gerade abgeschlossenen empirischen Forschungsvorhaben. Ähnlich breit sind die Themen, die behandelt werden: von der Erziehung in der frühen Kindheit bis zum „Empowerment“ bei alten Menschen, von den Schullaufbahnen im Jugendalter und der Berufserziehung über die Fort- und Weiterbildung bis zum „lebenslangen Lernen“ innerhalb und außerhalb der Institutionen. Daneben sind Texte über Themen enthalten, die im Augenblick besonders aktuell sind, zum Beispiel über die „Akkreditierung und Zertifizierung von Bildungsleistungen“, über die „Bildung im Zeitalter der normierten Globalisierung“ und über die Rolle von Erziehungswissenschaftlern bei der Politikberatung.

Insgesamt gibt der Band eine gute Vorstellung von der Vielzahl teilweise uneinheitlicher Fragen, über die in der Erziehungswissenschaft gearbeitet wird – buchstäblich „von der Wiege bis zur Bahre“ –, und von den Methoden zu ihrer Klärung. Er läßt allerdings auch die Schattenseiten erkennen, unter denen das Fach nach wie vor leidet. Das sind in erster Linie die Überspezialisierung seiner Vertreter bei gleichzeitigem Fehlen eines



gemeinsamen theoretischen Orientierungsrahmens und die mitunter recht gestelzte Fachsprache, die das Verständnis ihrer Ausführungen unnötig erschwert.

*Siegfried Uhl*

#### Hinweis:

Aus der Schriftenreihe der Fördergemeinschaft für Schulen in freier Trägerschaft „PÄDAGOGIK UND FREIE SCHULE“ ist das Heft Nr. 61 zum Thema „Freude am Lernen oder Spaß in der Schule“ erschienen.

In diesem Beitrag, den Konrad Adam vor einer Elterninitiative zur Gründung eines Jungengymnasiums vor den Toren Berlins gehalten hat, verdeutlicht der bekannte Journalist, daß der Abschied von Leistungsanforderungen nicht nur zu immer weniger Bildung führt, sondern daß damit auch Jugendlichen der Weg zu einem erfüllten Leben versperrt wird (aus dem Vorwort).

Das lesenswerte Heft ist zu beziehen über die

Fördergemeinschaft für Schulen in freier Trägerschaft e. V.  
Adamas Verlag  
Paulistraße 22  
50933 Köln

## Recht und Politik

**Karsten Klopfer: Verfassungsrechtliche Probleme der Forschung an humanen pluripotenten embryonalen Stammzellen und ihre Würdigung im Stammzellgesetz (Tübinger Schriften zum Staats- und Verwaltungsrecht, 73), Berlin: Duncker & Humblot, 2006. 135 S., 66,00 Euro, ISBN 3-428-12008-6.**

Die vorliegende Studie bietet in sehr klarer und nachvollziehbarer Argumentation auf juristischer Grundlage eine Bewertung des Stammzellgesetzes aus dem Jahre 2002. Klopfer hat sich ein Thema gewählt, bei dem wie kaum sonst metaphysische, weltanschauliche und religiöse Gegensätze eine Rolle spielen und die Erarbeitung eines Konsenses erschweren. Umso begrüßenswerter ist der Versuch,

herauszuarbeiten, worum es eigentlich geht, wenn um die Forschung an embryonalen Stammzellen gestritten wird.

Nach einer knappen Darlegung des naturwissenschaftlichen Hintergrundes (Definition von Stammzellarten und Bedeutung von Stammzellen) geht Klopfer auf die rechtlichen Rahmenbedingungen der Forschung an humanen pluripotenten embryonalen Stammzellen in Deutschland ein. Maßgeblich für Klopfers Analyse ist die im Grundgesetz garantierte Forschungsfreiheit, die bezeichnenderweise keinem Gesetzesvorbehalt unterworfen ist. Dieser Umstand ist für die rechtliche Beurteilung von Einschränkungen der Forschungsfreiheit, wie sie durch das Stammzellgesetz eindeutig erfolgen, von einiger Bedeutung. Denn solche Einschränkungen können nur dann verfassungsrechtlich unbedenklich sein, wenn hohe Rechtsgüter vorliegen, die der Forschungsfreiheit gleichgestellt sind, so daß eine Abwägung des Gesetzgebers legitim wäre. Zweifellos wäre die Menschenwürde ein solches hohes Rechtsgut.

In einem weiteren Schritt untersucht der Autor deshalb mögliche Schranken der Forschungsfreiheit im Rahmen der Stammzellforschung, wobei vor allem das Schutzgut Leben sowie die Menschenwürdegarantie des Grundgesetzes erörtert werden müssen. Bei der weiteren Würdigung des Stammzellgesetzes im Hinblick auf seine Verfassungsmäßigkeit behandelt der Autor jeweils einzelne Aspekte, während er heuristisch die Verfassungsmäßigkeit der anderen Aspekte annimmt.

#### Grundrechtsschutz für Embryonen?

Eine Prüfung der Argumentation aber ergibt nach Auffassung Klopfers die Verfassungswidrigkeit des Stammzellgesetzes unter den von ihm behandelten Gesichtspunkten. Zu den fraglichen Aspekten gehört einmal, ob Embryonen (und wenn ja, in welchem Umfang) Grundrechtsschutz gewährt werden muß. Hier zeigt sich nach Auffassung des Verfassers, daß der Gesetzgeber im Interesse der Erhaltung schutzwürdiger Güter den Embryo ab der Nidation, nicht aber zwingend davor schützen muß. Da nun aber das Bundesverfassungsgericht bei der Frage des Schwangerschaftsabbruchs vor der Nidation des Embryos Handlungen, die zur Tötung des Embryos führen, etwa auch die Einsetzung einer Spirale in die Gebärmutter, rechtlich frei stellt, verneine das Gericht damit einen absoluten Grundrechtsschutz des pränidativen Embryos.

Das Stammzellgesetz aber basiert auf der weitergehenden Annahme, auch dem pränidativen Embryo, der indes ohne Einnistung in die Gebärmutter nicht zu einem Menschen werden könne, komme ein Grundrechtsschutz zu. Klopfer kann zeigen, daß die Praxis der Rechtsprechung und Rechtsetzung hier offensichtlich in sich widersprüchlich ist, und er verneint daher, daß vor dem 14. Tag ihrer Entwicklung Embryonen ein Grundrechtsschutz zukommt.

Rechtlich als problematisch erscheint nach Klopfer auch der Zweck des Stammzellgesetzes, die Tötung von Embryonen im Ausland zu verhindern; das Grundgesetz aber enthält klar, im Einklang mit dem völkerrechtlichen Respekt vor der Souveränität anderer Staaten „keine Verpflichtung, auf die Durchsetzung deutscher Grundrechtsstandards im Ausland hinzuwirken“, weshalb es auch nicht legitim sein könne, die vorbehaltlos gewährte Forschungsfreiheit für deutsche Forscher einzuschränken. In diesem Zusammenhang kritisiert der Verfasser zudem, daß die Bestimmungen des Gesetzes unzureichend sind, was den geforderten Nachweis der „Hochrangigkeit“ und der „Alternativlosigkeit“ betrifft, denn es bestehe zumindest die Gefahr, daß die behördliche Einschätzung ihre eigenen Vorstellungen zum Maßstab macht und sich die Unsicherheit der wissenschaftlichen Forschung zulasten des Grundrechts der Forschungsfreiheit auslegen läßt. Der Verfasser hält auch das Verbot von Stammzelltherapie nicht für verfassungsrechtlich geboten, weil auch hier die Forschungsfreiheit eingeschränkt sei, da ohne die Möglichkeit der Therapie medizinische Forschung nicht im vollen Umfang möglich sei.

#### Menschenwürde und Wissenschaftsfreiheit

Bezogen auf die Forschungsfreiheit ist nach Klopfer zudem zumindest problematisch, wann ein deutscher Forscher sich bei Beteiligung an ausländischen Stammzellforschungen etwa im Rahmen von Forschungsgruppen strafbar machen kann, auch wenn er selbst nicht mit Stammzellen arbeitet. Das nicht einschätzbare Risiko einer Bestrafung wirkt hier als Hemmnis für die Forschungsfreiheit, da die Grenzen einer Beteiligung an solchen Forschungen nicht evident sind.

Klopfers prägnante Studie präsentiert auf lobenswert knappem Raum eine Fülle bedenkenswerter Überlegungen zu einem heiklen Thema im Spannungsfeld von

Menschenwürde und Wissenschaftsfreiheit. Sie zeigt, wie rechtswissenschaftliche Präzision zur Klärung von grundlegenden Fragen beitragen kann, an deren Erörterung man nicht vorbeikommt.

*Till Kinzel*

**Josef Isensee: Tabu im freiheitlichen Staat. Jenseits und diesseits der Rationalität des Rechts. Paderborn 2003, 110 S., 20,90 Euro, ISBN 3-506-71692-1.**

Darf es in einem freiheitlichen Staat Tabus geben? Mißt sich nicht der Grad der Freiheit an der Menge dessen, was zu tun und zu sagen erlaubt ist?

Josef Isensees Buch ist ein Versuch, dieses Feld abzuschreiten und dem Verhältnis von Freiheit und Tabu Kontur zu geben.

Demjenigen, der im Getümmel der aktuellen Meinungs- und Machtkämpfe steht, käme vielleicht gar nicht in den Sinn, daß eine Diskussion über dieses Thema mit der Bibel beginnen könnte. Bei der Lektüre wird sich aber erweisen, daß dieser Ausgangspunkt von Isensee gut gewählt ist: Mitten im Paradies, im guten und freien Leben, steht der Baum, von dem man nicht essen darf. Wer davon ißt, ist des Todes. Adam und Eva haben von der verbotenen Frucht gegessen und damit das Tabu gebrochen. Die Folgen sind bekannt.

### **Der Baum der Erkenntnis – Verbotene Frucht**

Das Tabu fordert Gehorsam. Der Gehorsam garantiert das sorgenfreie Leben. Das Tabu konkurriert aber mit dem freien Willen des Menschen. Auf dessen radikale Durchsetzung im Tabubruch ist eine Strafe gesetzt. Das Tabu zeigt, daß der Mensch nicht allmächtig ist. Es verlangt Selbstdisziplin als sittliches Gebot. „Das Tabu ist mehr als der bloße Rechtsgehorsam, wie ihn im säkularen Staat der inhaltlich bestimmte und damit auch inhaltlich begrenzte Normbefehl einfordert. Vielmehr ist es heilige Scheu vor dem sakrosankten Objekt, Scheu, die den Genuß verwehrt, ja sogar die Berührung, und die möglichst große Distanz ratsam erscheinen läßt“ (S. 9). Von Adam und Eva „wird verlangt, ihre Forschungs- und Handlungsmöglichkeiten nicht bis zum Letzten auszuschöpfen, mithin ihre Freiheit dadurch zu betätigen, daß sie ihr bewußt Grenzen setzen“ (S. 19).

Man erkennt sofort, was eine Säkularisierung des Tabugebotes bedeuten kann, nämlich, „die bestehende Herrschaftsordnung zu festigen und den Unterschied zwischen oben und unten aufrechtzuerhalten“ (S. 12). Somit wäre das Tabu – „durch die staatsrechtliche Brille gesehen“ – „weiter nichts als eine raffinierte List der Herrschenden, um ihr System zu stabilisieren, den Wissensdrang der Untertanen zu lähmen, die kritische Vernunft einzuschläfern oder einzuschüchtern, das Volk auf Distanz zu halten“ (ebda).

Eine solche Schlußfolgerung ist Isensee allerdings zu simpel (er schilt sie „Reflex moderner Entlarvungspsychologie“ und „vorlaute Ideologiekritik“): „So einfach ist das Tabu nicht zu erklären, vollends nicht zu beseitigen“.

Tabus sind „Elemente der Paradiessatzung in der staatlichen Ordnung“ (S.18/19)“. Sie haben die Aura des Heiligen.

### **Die Aura des Heiligen**

Im Laufe der Lektüre erkennt man, wie aufschlußreich die biblische Geschichte von der verbotenen Frucht ist. Sie enthält alle Facetten, mit denen sich das Wesen von Tabus verstehen läßt. Sie hilft beim Verständnis dessen, worin die Macht eines Tabus besteht, und sie hilft bei der Erkenntnis von Tabus in der Geschichte der Menschheit, in der historischen Entwicklung. Im biblischen Mythos zeigt sich der Grund für die Wirkmächtigkeit von Tabus: Es ist nicht einfach, ein Tabu zu brechen, und – es kann falsch sein, mit verheerenden Folgen.

### **Aufklärung und neuerliche Tabus**

Die große Kunst Isensees ist es, die Spannung zwischen seiner Rede über Tabus (die schon ein Tabubruch sein oder als ein solcher ausgelegt werden kann) und der strafbewehrten Kraft der Tabuthemen in einer fesselnden Balance zu halten: Obwohl die Tabus auf den Prüfstand gestellt werden, werden sie nicht gebrochen. Es bemächtigt sich jemand der Tabus – ohne Tabubruch.

Vom Kapitel über die „Dialektik der Aufklärung“ (S. 23 ff.), mit den Unterabschnitten „Die Zerstörung archaischer Tabus“ und „Einrichtung aufklärerischer Tabus“ über das Kapitel „Politische Tabuierung von Verfassungsnormen“ (S. 51ff.) wie „Tarifautonomie“, „Sozialstaat“, „Verbot der Vorteilsnahme“, „Das Verbot der Folter“, „Staatspflicht zur

Friedlichkeit“ zum Kapitel „Tabus der Gesellschaft“ (S. 65 ff.) mit den Unterabschnitten „Ambivalenz der Meinungsfreiheit“, „Political Correctness“, „Das absolute Tabu: Die Verwerfung des Nationalsozialismus“ bis schließlich hin zu dem Kapitel „Tabu der kulturellen Identität“ (S. 79ff.) mit dem letzten Unterabschnitt „Kulturelles Tabu zur Rettung des Humanen“ (S. 83ff.) finden zahlreiche Tabus ihre kritische Würdigung.

### **Geschichtlichkeit der Tabus**

Der Tabubruch ist Isensees Sache nicht. Aber: Die Tabus sichtbar zu machen und sie in eine geschichtliche Abfolge einzureihen, wodurch ja der zeitliche Verfall von angeblich Unveränderlichem, nicht Hinterfragbarem erkennbar wird, heißt auch: zum Tabubruch verlocken. Eine Geschichte der Tabus kommt ihrer Demontage gleich. Irgendwann sind sie dann doch einmal nur noch „Möchtegern-Tabus“ gewesen, oder Tabus, die nicht mehr gelten. Was in der Vergangenheit geschah, kann auch in Zukunft geschehen – daß Tabus vergehen.

Das, was als Tabu gilt, darf mit freier Vernunft – diesseits der Rationalität des Rechts – überprüft werden, die die Frage zu beantworten hat, ob etwas zum Tabu gemacht wird bzw. künstlich die Aura eines Tabus erhält.

Unter den schon im Mythos oder in der Urgeschichte definierten Aspekten reiht Isensee die Tabus der Geschichte nacheinander auf und schafft dabei ein Buch der leisen Töne und der sanften Spannung, einen Grenzgang zwischen Offenheit und Diskretion, zwischen Befreiung und Verhüllung.

### **Das Tabu „humaner Gesinnung“**

Im letzten Kapitel begründet Isensee das Tabu der „Würde des Menschen“, so schwer sich dieser Begriff auch inhaltlich fassen lasse. Es ist – jenseits der Rationalität des Rechts – „ein verbotener Baum im Garten grundrechtlicher Freiheit“. Dieses „Tabu humaner Gesinnung“ habe der gentechnische Fortschritt zu achten. Das Verbot unbegrenzter Genmanipulation sei ein „Bekenntnis, daß das Sein des Menschen in jedem Individuum unverfügbar vorgegeben ist“ – es sei ein Zeichen „rettender Ehrfurcht des Menschen vor sich selbst“ (nach Thomas Mann). - Was würde dem Bruch dieses Tabus folgen?

*Winfried Holzapfel*

## Philosophie und Gesellschaft

**Hans Küng, Der Anfang aller Dinge. Naturwissenschaft und Religion, München: Piper 2005, 8. Auflage 2006, 247 S., 18,90 Euro, ISBN: 3-492-04787-4;**

Bereits 1978 hat Hans Küng in seinem Werk „Existiert Gott? Antwort auf die Gottesfrage der Neuzeit“ das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Religion erörtert. Schon seine damaligen Ausführungen waren von der Hoffnung getragen, daß ein Nobelpreisträger auf die Frage, ob er an Gott glaube, mit Verweis auf seine wissenschaftliche Profession keine negative Antwort geben müsse, sondern vielmehr sagen könne: „Natürlich, ich bin ein Wissenschaftler.“ – An dieser Stelle knüpft Küngs neues Buch über „Naturwissenschaft und Religion“ an.

### Der Blick auf das Ganze der Wirklichkeit

Mit darstellerischer Klarheit analysiert der Theologe die naturwissenschaftlichen Sachverhalte, wobei es ihm darauf ankommt, „in großen Zusammenhängen“ zu denken und „bei allem notwendigen Spezialistentum das Ganze nicht aus dem Blick (scil. zu; K. T.) verlieren“ (S. 13). Mithin geht es ihm nicht um die naturwissenschaftlichen Probleme an sich, obgleich er sich auch damit beschäftigt. Es kommen sowohl Kopernikus, Kepler und Galilei als auch Hawking, Gödel und Popper zur Sprache. Aber dabei bleibt Küng nicht stehen; ihm ist es vielmehr darum zu tun, diese naturwissenschaftliche Diskussion noch einmal metatheoretisch zu beleuchten.

### Relativität der naturwissenschaftlichen Sichtweise

Immer wieder finden sich hier wichtige Stellungnahmen auch zur Relativität der naturwissenschaftlichen Perspektive: Wie steht es mit der „aufgeklärten Vernunft“: Hat nicht auch sie „mit all ihren segensreichen Fortschritten“ manchmal in die Irre geführt? (Vgl. S. 12) – Auch bei den Theorien und Modellen der Physik handle es sich um „symbolische und selektive Versuche, die Strukturen der Welt abzubilden“ (S. 22). Und im Hinblick auf den Versuch von Stephen Hawking, der darauf abzielt, „to know the mind of god“ (dazu: S. 31), fragt Küng, ob es nicht an der Zeit sei, „die aus dem

19. Jahrhundert stammenden positivistischen Grundlagen“ seines wissenschaftlichen Denkens zu überprüfen (vgl. S. 39). Zudem: Läßt sich denn aus Sicht der empirischen, sinnlichen Erfahrung überhaupt etwas zu Sinn und Sinnlosigkeit sagen? (Vgl. S. 42) Handelt es sich dabei nicht um unterschiedliche Ebenen? – Worauf Küng hier abzielt, ist eine gewisse Relativität der naturwissenschaftlichen Ergebnisse; denn auch die meisten naturwissenschaftlichen Sätze seien nicht empirisch verifizierbar (vgl. S. 43). Andererseits aber: Küng hält an der Eigengesetzlichkeit der naturwissenschaftlichen Erkenntnis fest. Doch betont er, daß ebenso die Fragen der Geisteswissenschaften, die Gesellschaft und Recht, Ethik und Religion betreffen, ihre je eigene Methode und ihren eigenen Stil haben (vgl. S. 45) Wenn es um das Ganze der Wirklichkeit geht, reicht die naturwissenschaftliche Kompetenz allein nicht und bedarf der Ergänzung. Denn nur so kann es gelingen, „der Vieldimensionalität und Vielschichtigkeit der Wirklichkeit“ gerecht zu werden (vgl. S. 48). Immer wieder spiegeln die Ausführungen das von Küng favorisierte „Komplementaritätsmodell kritisch-konstruktiver Interaktion“ wider (vgl. S. 57). In seinem abgewogenen Urteil versucht er, beides zu vermeiden: weder spielt er die Naturwissenschaften gegen die Religion aus noch umgekehrt.

### Kein „Gott der Erkenntnislücken“

Wenn Küng von der Frage nach dem Anfang aller Anfänge handelt, so ist auch im Hinblick auf die heutige Debatte um die Evolutionstheorie daran zu erinnern, daß das „Problem der Existenz Gottes keine physikalische Fragestellung“ ist (vgl. S. 68). Denn die biblische Schöpfungsgeschichte will keine naturwissenschaftlichen Fakten darstellen, würde man doch so für einen „Gott der Erkenntnislücken“ plädieren (vgl. S. 77), und je weiter die Wissenschaft fortgeschritten ist, um so weniger Raum bliebe für Gott. Die Frage ist vielmehr, ob nicht „eine Art von ‚Meta-Physik‘ gefordert ist, wenn die Empirie definitiv überschritten und die Frage nicht nur nach dem Sosein des Universums, sondern seinem Sein schlechthin gestellt werden soll“ (S. 90). So betrachtet, werden wir auf einen Bereich der Freiheit verwiesen, da „die philosophisch-theologischen Argumente für die Annahme einer metaempirischen Wirklichkeit bestenfalls eine Hinführung und Einladung“ sind, aber keinen „logisch zwingenden Charakter haben“ (S. 95).

### Gott als Wirklichkeit

Warum darf man Gott als Wirklichkeit annehmen, als Antwort auf die Frage nach dem Anfang aller Dinge, nicht nur als Hypothese? Die Küngschen Ausführungen hierzu greifen auf einen Gedanken zurück, der sich bereits in „Existiert Gott?“ findet: Gott könne als Wirklichkeit nur in einer „vertrauenden, rational verantwortbaren Grundentscheidung und Grundeinstellung“ erfahren werden (vgl. S. 98). Und diese Grundentscheidung ist die Bedingung der Möglichkeit für ein „radikal begründetes Grundvertrauen zur Wirklichkeit“ (S. 100). Was denn wäre die Alternative zur Bejahung des Grundes aller Wirklichkeit? Auch sie nennt Küng und stellt sie meines Erachtens zutreffend als wenig überzeugend heraus: Es ist eine Position, wie sie beispielsweise Jacques Monod vertritt, der den Menschen als „Zigeuner am Rande des Universums“ betrachtet. Wäre nicht „die totale Verlassenheit des Menschen“ die Konsequenz daraus? (Vgl. S. 163)

### Worüber Streit besteht: Schöpfungsglaube, Wunder, Willensfreiheit

Das ist die Grundlage, von der aus Küng nunmehr die „heißen Eisen“ im Verhältnis von Naturwissenschaft und Religion behandelt: Zutreffend wird gesagt, daß Evolutionstheorie und Schöpfungsglaube nicht alternativ zueinander stehen, sondern auf unterschiedliche Ebenen abzielen. So will die Bibel keine theoretisch-naturwissenschaftlichen Probleme erläutern, „sondern elementare existentielle Fragen“ (S. 140; vgl. auch S. 148) zur Sprache bringen. In dieser Weise wird Küng seinem zu Beginn erwähnten hermeneutischen Prinzip gerecht, „die Bibel ernst, aber gerade deshalb nicht buchstäblich (scil. zu; K. T.) nehmen“ (S. 11); denn sie verstehe sich selber als „Gotteswort im Menschenwort“ (S. 135). Die Konsequenz: „Heute im Horizont der wissenschaftlichen Kosmologie an den Schöpfer der Welt glauben heißt, in aufgeklärtem Vertrauen bejahen, daß Welt und Mensch nicht im letzten Woher unerklärlich bleiben, daß Welt und Mensch nicht sinnlos aus dem Nichts ins Nichts geworfen sind, sondern daß sie als Ganzes sinnvoll und wertvoll sind, nicht Chaos, sondern Kosmos (...).“ Warum? Küngs Antwort: „weil sie in Gott, ihrem Urgrund, Urheber, Schöpfer, eine erste und letzte Geborgenheit haben“ (S. 143).

Was deutlich wird: Die „harte Gedankenarbeit“ die dem Theologen durch die naturwissenschaftliche Perspektive abge-

fordert wird (vgl. S. 122), gilt auch umgekehrt: Ein pauschales Plädoyer für den Atheismus vermag schon deswegen nicht zu überzeugen, weil zu fragen ist, ob hier nicht „eine Karikatur von Gott“ abgelehnt wird, „in der kein einigermaßen gebildeter Gottgläubiger seinen Gott erkennen würde“ (S. 120).

Wenn Küng die Frage nach dem Wirken Gottes in der Menschheitsgeschichte erläutert, so geht er auf die biblischen Wundererzählungen ein. Auch sie versteht er im Anschluß an heutige Exegese vor dem Hintergrund des Unterschiedes zwischen dem biblischen und dem modernen Wirklichkeitsverständnis: Dem biblischen Menschen stellte sich, anders als für uns, nicht die Frage nach der Durchbrechung der Naturgesetze. Für ihn war ein Wunder jedes Ereignis, „durch welches Gott seine Macht offenbart“ (S. 171). Und sein Ort war weniger der Kosmos als das Herz des Menschen, wo Paulus zufolge Gottes Geist zur Wirkung kommt (vgl. S. 178).

Ein letzter Punkt, der seiner aktuellen Relevanz wegen genannt sei, betrifft die Problematik der Willensfreiheit: Ist Geist „ein bloßer Sekundäreffekt von Gehirntätigkeit“ (S. 191)? Auch an dieser Stelle hebt sich das Künigsche Urteil wohltuend von den Simplifikationen einiger Neurowissenschaftler ab, die meinen, mit ihrer neurophysiologischen Perspektive bereits das Ganze der Wirklichkeit zu erfassen. Sehr zu Recht unterstreicht Küng die Eigenständigkeit der Innenperspektive, wenn es um das Verliebtein oder moralische Verantwortung geht. Wiederum zeigt sich die Klarheit der Darstellung in der Art und Weise, wie Küng das Pro und Contra der Diskussion erörtert und dann meines Erachtens überzeugend sein Fazit formuliert: Der Neurobiologe erfasse am Gehirn eben nur, „was meßbar und experimentell verifizierbar ist“. Aber: „in dieser hirneurophysiologischen Perspektive kann die menschliche Gefühlswelt, können Freiheit, Wille, Liebe, kann das Bewußtsein, das Ich, das Selbst, nicht adäquat beschrieben werden.“ (S. 209) Zudem sei es nicht nur der Selbstbezug, der den Menschen vom Tier unterscheidet, sondern der Transzendenzbezug.

### Vom Anfang zum Ende aller Dinge

Hier schließt sich der Kreis: Wenn man den Urgrund der Wirklichkeit bejaht, so darf auf diesen auch am „Ende aller Dinge“ vertraut werden, worauf Küng in einem Epilog eingeht, wo er sein persönliches Bekenntnis gibt, die Wette Blaise Pascals (dazu: S. 74 f.: Gott ist oder er ist

nicht. Man muß wählen!) angenommen zu haben: nicht in ein Nichts hinein zu sterben, sondern „in die allererste-allerletzte Wirklichkeit, in Gott hinein“ (S. 225).

Nach alledem wundert es nicht, wenn – wie in einem Kommuniké des Vatikans zu lesen ist – Hans Küng und Benedikt XVI. in dem Anliegen des vorliegenden Werkes übereinstimmen, „den Dialog zwischen Glaube und Naturwissenschaft neu zu beleben und die Gottesfrage dem naturwissenschaftlichen Denken gegenüber in ihrer Vernünftigkeit und Notwendigkeit zur Geltung zu bringen“.

In summa: Hans Küng hat ein sehr lesenswertes Buch zum Verhältnis von Naturwissenschaft und Religion geschrieben, in dem der Interessierte nicht nur eine differenzierte und klare Darstellung findet, sondern auch eine abgewogene Beurteilung der damit zusammenhängenden Problemkreise.

*Klaus Thomalla*

**Julian Nida-Rümelin: Humanismus als Leitkultur. Ein Perspektivenwechsel, herausgegeben von Elfi Özmen, München: Beck 2006, 223 S., 22,90 Euro, ISBN 3-406-54370-7**

Julian Nida-Rümelin wurde einer breiten Öffentlichkeit als Kulturreferent von München und späterer Beauftragter der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und der Medien im Rang eines Staatsministers (2001-2002) bekannt. Im zuletzt genannten Amt hat er durchaus Erfolge vorzuweisen, etwa bei der Verabschiedung eines neuen, das Stiftungswesen grundlegend reformierenden Gesetzes. Seit seinem Ausscheiden aus der aktiven Politik lehrte er kurzzeitig wieder in Göttingen, jetzt in München, wo er vor Jahren seine akademischen Erstlingschriften verfaßte. In seinen zahlreichen Publikationen läßt der Philosoph vor allem zwei wesentliche Einflüsse erkennen: Zum einen die seines Lehrers Wolfgang Stegmüller, dessen metaphysikkritische Haltung er rezipiert, zum anderen aber auch die von John Rawls, der sich nicht zuletzt in diesem Punkt mit Stegmüllers Ausrichtung trifft.

Die wissenschaftliche Herkunft Nida-Rümelins spielt auch in der Aufsatzsammlung „Humanismus als Leitkultur“ eine nicht zu unterschätzende Rolle. Dabei

handelt es sich besonders um Vorträge und Reden, die der Verfasser in seinem letzten politischen Amt zu sehr unterschiedlichen Anlässen hielt. Es finden sich Beiträge zu den Themen „Bildung und Kultur – Grundlagen“, „Kunst und Lebenswelt“ und „Perspektiven der Zivilgesellschaft“. Am Schluß ist ein ausführlicheres Gespräch Nida-Rümelins mit Ulf Poschardt abgedruckt, das Aufschluß über Person und Werdegang des Verfassers gibt.

### „Leitkultur“

Nida-Rümelin und seine Mitarbeiterin Elif Özmen, die die Redaktionsarbeiten besorgte, wissen, daß bereits der Titel für manche verhänglich klingen muß. Sie betonen deshalb: Bassam Tibi und Theo Sommer hätten den Ausdruck „Leitkultur“ früher verwendet als eine Gruppe von „rechten Politikern und Journalisten“. Gleichfalls irritierend gerade für linke Leser dürfte die uneingeschränkte Sympathie des Autors für den „Humanismus“ sein, der doch seit den sechziger Jahren in seiner traditionellen Ausrichtung immer mehr in die Kritik geriet. Schließlich geschahen die furchtbaren Barbareien des zwanzigsten Jahrhunderts trotz aller großen Humboldt'schen Ideale! Zudem gilt das humanistische Gedankengut weithin als verstaubt.

Angesichts dieser über einen längeren Zeitraum festzustellenden allgemeinen Skepsis gegenüber der humanistischen Kultur ist Nida-Rümelins Plädoyer ebenso erfrischend wie nachhaltig. Er sieht im Windschatten des omnipräsenten Neoliberalismus neue Tendenzen der, vor allem ökonomischen, Verzwecklichung am Werk, gerade im Bereich der Bildung. Besser bei den Geisteswissenschaftlern einsparen als bei Gentechnikern, so lautet der Konsens unter den Bildungspolitikern. Gegen solche simplifizierende Denkschemata verweist der Verfasser an mehreren Stellen auf die Vorteile der zweckfreien Bildung, die langfristig mehr kreative Ressourcen (im Vergleich zur bloßen Ausbildung!) freisetzen könne. Im Zeitalter knapper Kassen braucht man kein Prophet zu sein um festzustellen: Der Trend hin zum Zweckhaften und ausschließlich Ökonomischen dürfte weitergehen. Es wird sich zeigen, inwieweit das Feld des Kulturellen mehr als bloß epiphanomale Züge erkennen läßt.

### „Humanistischer Individualismus“

Nida-Rümelin liefert in der Aufsatzsammlung jedoch nicht nur kultur- und

bildungspolitisch akzentuierte Beiträge; er setzt sich auch mit zeitgenössischen Strömungen der politischen Philosophie auseinander. Diejenige Konzeption, die er gegenüber konkurrierenden bevorzugt, wird an einigen Stellen als „humanistischer Individualismus“ umschrieben. Die Ablehnung der Sloterdijk'schen Vorstellungen ist hier mit Händen zu greifen. Der Münchner Philosoph ist kein Anhänger einer multikulturalistischen Ideologie, die starke Kollektividentitäten vorgibt; vielmehr steht für ihn die vom Bürger gewählte Lebensform im Mittelpunkt der Erörterungen. Die Gesellschaft stellt für diese Lebensformen die nötigen Grundgüter bereit. Letztes Subjekt des Handelns ist aber der Einzelne, dessen Leben sich in einander überlappenden politischen und gesellschaftlichen Handlungseinheiten abspielt. Die Kompatibilität solcher individuell gewählten Entwürfe mit einer zivilgesellschaftlichen Ordnung muss jedoch gewährleistet sein. So setzt Nida-Rümelin einen Minimalbestand normativer Regeln voraus. Die zivilgesellschaftliche Ordnung setzt also einen allgemein anerkannten Rahmen, der so weit gefaßt sein muß, daß innerhalb seiner Grenzen auch andere politische Konzeptionen, etwa monarchische, integrierbar sind, sofern sie nicht gegen den Grundkonsens des zivilgesellschaftlichen Reglements verstoßen.

Man braucht also kein Fachmann in Fragen der zeitgenössischen politischen Ideengeschichte zu sein, um in Nida-Rümelin einen Rawlsianer zu erkennen. Wie bei seinem amerikanischen Vorbild wirkt die Bestimmung des Politischen bei dem Münchner Gelehrten leider sehr formal und kraftlos. Dies hängt mit den integrativ-umfassenden Absichten einer derartigen politischen Theorie zusammen. Der in ihr politisch Integrierte ist herkunftlos. Wichtig ist ja lediglich, daß er sich an allgemeine Regeln des Konsensus hält, die über die Habermas'schen Diskursprinzipien noch hinausgehen.

Entscheidend für Nida-Rümelins Gesamtkonzeption dürfte seine Weigerung sein, sich auf die Grundlagen der christlich-abendländischen Errungenschaften einzulassen. Offenkundig ist diese Haltung nicht zuletzt in seiner Bewertung der mittelalterlichen Bildungslehre, die angeblich nur Ausbildung, aber keine echte Bildung gekannt habe. Mit einer solchen oberflächlichen Ansicht wird man einem komplexen Phänomen wie

dem „Lehrplan des Abendlandes“ (Dolch) und seinen vielfältigen Konsequenzen einfach nicht gerecht.

*Felix Dirsch*

**Frank Schirmmacher: Minimum. Vom Vergehen und Neuentstehen unserer Gemeinschaft, München: Blessing 2006, 185 S., Preis 16,00 Euro, ISBN 3-89667-291-6**

Schirmmachers Bücher der letzten Jahre erwiesen sich allesamt als Bestseller, insbesondere das „Methusalem-Komplott“. Geheimnis ihres Erfolgs ist die Fähigkeit, das Wichtigste zum Thema relativ kurz und in gut lesbarer Sprache zu präsentieren. Der Leser kann so immer darauf vertrauen, eine fundiert geschriebene Abhandlung in Händen zu halten (mit den allernötigsten Anmerkungen), wenngleich die äußere Form eher an einen größeren Essay denken läßt.

„Minimum“ setzt die Erzählung über das „Methusalem-Komplott“ fort. Konnte die 2004 in erster Auflage erschienene Darstellung noch die Vorstellung aufkommen lassen, eine große Zahl von Greisen tauche erst in fernerer Zukunft auf, bis dahin laufe das „mit dem Alter“ wie gewohnt, so wird der Leser der Folgestudie eines Besseren belehrt. Das veränderte generative Verhalten greift in unser Leben mehr ein, als vielen lieb sein kann. Bereits heute klagen immer mehr Berufsbranchen über Fachkräfte- wie Nachfragemangel. Nicht zuletzt die Schülerzahlen müssen langfristig nach unten korrigiert werden. Die Thematik geht freilich weit über die ökonomische Problematik hinaus. Schirmmacher bringt es auf den Punkt: Wie organisieren wir Gesellschaft, wenn viele traditionelle Bindungen immer schwächer werden?

### **Überlebenskampf am Donner-Paß**

Nun ist der als FAZ-Herausgeber manchmal etwas biedere Schirmmacher kein Kommunitarist, d.h. er bevorzugt nicht unbedingt den starken Gemeinschaftsbegriff, der in der deutschen Debatte – vor dem Hintergrund unserer Vergangenheit verständlich – auch nicht allzu oft vorkommt. Dennoch ist der existentielle Grundzug von Gemeinschaft immer präsent. Das ist schon bei der Rahmenerzählung der Fall, auf die der Verfasser immer wieder eingeht. Es handelt sich um den für das amerikanische Geschichtsgedächtnis so wichtigen Überlebenskampf am Donner-Paß. Für die Nachgeborenen war in

diesem Zusammenhang stets von quintessentieller Bedeutung: Wer hat aus welchen Gründen das strapazenreiche Abenteuer überstanden? Schirmmacher schließt sich einer weit verbreiteten Deutung an: Entscheidend war die Intaktheit des familiären Zusammenhalts. Singles hatten keine Überlebenschance. Die Botschaft könnte eindeutiger kaum sein, gleichwohl liegt hier ein Pferdefuß, den Schirmmacher vielleicht etwas zu wenig berücksichtigt. Wenn sich die familiären Bande in den letzten Jahrzehnten unübersehbar gelockert haben – was wiederum mit dem Gebärverhalten korreliert – so liegt dies auch an der Gegenwartssituation, in der eben die Familie häufig keine schicksalhafte Bedeutung für die Menschen hat, die vergleichbar mit jener am Donner-Paß wäre. Der Autor geht auf die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg ein, wo die nationale Gesamtlage eine stärkere Verwiesenheit des Einzelnen auf die eheliche und familiäre Gemeinschaft zur Folge hatte. Der aus dem Krieg zurückgekehrte Familienvater konnte sich oftmals leichter ins bürgerliche Leben integrieren als sein Zeitgenosse ohne eigene Familie. Der Nutzen eines solchen Zusammenlebens leuchtet unmittelbar ein.

### **Heutige Lebensformen**

Aber in der Gegenwart? Gewiß, man kann sagen, viele Menschen ziehen auch heute zahlreiche Vorteile daraus, daß sie in ehelichen Beziehungen leben. Das bedarf kaum eines Nachweises. Freilich wird der „darwinistisch“ ausgerichtete Zeitgenosse, den Schirmmacher immer im Blick hat, in keiner Situation seines Lebens auf die Klugheitsabwägung verzichten, nachdem er aufgrund der zivilisatorischen Großwetterlage schon seit Jahrzehnten genügend Möglichkeiten an disponiblen Freiheiten (auch vor dem Hintergrund eines üppigen Wohlstandes!) besitzt. Er wird fragen: Soll ich heiraten oder mich auf sonstige Weise „verpartnern“, wenn ich Unterhaltspflichten übernehmen muß, was ein Alleinstehender nicht zu tun braucht? Ist es nicht besser, „ohne Trauschein“ zusammenzuleben, wenn Leistungen des Staates, etwa das Erziehungsgeld, nur in diesem Fall voll gezahlt werden? Selbstverständlich ist auch die Frage berührt: Soll ich Kinder in die Welt setzen, wenn meine konsumptiven Möglichkeiten dadurch meist empfindlich tangiert werden? Schon der Familienfreund und ehemalige Verfassungsrichter Paul Kirchhof hat auf die strukturellen Nachteile von Ehepaaren mit Kindern (im Unterschied zu einigen alternativen Lebensformen) hingewiesen.

## Wunsch nach Töchtern

Manche Ergebnisse der Studie überraschen auch gut informierte Zeitgenossen. Seit Menschengedenken dominiert der Elternwunsch nach Jungen. Im weltweiten Kontext ist das heute noch ganz überwiegend der Fall, vor allem in patriarchalischen Kulturen. Dennoch deuten sich in den westlichen Industriestaaten grundlegende Veränderungen an. Angesichts des demographischen Defizits wird immer mehr Sozialkompetenz gefragt sein, und es scheint überflüssig zu betonen, wer über sie in stärkerem Ausmaß verfügt. Insofern ist es folgerichtig,

wenn in unseren Breiten der Wunsch nach Töchtern zunimmt. Auch dieses Beispiel zeigt, wie sehr sich – demographiebedingt – Gemeinschaft in allen Facetten neu konstituieren muß und wird.

Schirmmacher kommt am Ende seines Traktats zu dem gleichen Ergebnis wie die Väter des Grundgesetzes, als sie Ehe und Familie unter den besonderen Schutz des Staates stellten: Was Familien tun, kommt dem Gemeinwohl in eminentem Ausmaß zugute – gestern wie heute. Realiter sind leider jene Kräfte im Aufwind, die dem Gemeinwohl weniger förderlich sind: Sie bilden

die Zangenbewegung eines seit Jahrzehnten aufgeblähten Sozialstaates von der einen Seite her und eines längst zum Massenphänomen gewordenen Individualismus (siehe die Versingelung der Großstädte!) von der anderen. Ihre antisubsidäre Stoßrichtung liegt auf der Hand. Gerade solche Entwicklungen sind bei Schirmmacher etwas zu kurz behandelt. Insgesamt ist die Studie aber unbedingt lesenswert und mit Recht seit einigen Wochen bereits auf der Spiegel-Bestsellerliste ganz oben zu finden.

*Felix Dirsch*

## Eine gelungene Würdigung

# Ernst Nolte und der Historikerstreit im 3sat-Portrait

Von Till Kinzel

Es ist höchst erfreulich, daß ein öffentlich-rechtlicher Fernsehsender dem heute 83jährigen Historiker und Geschichtsdenker Ernst Nolte und seiner Rolle im Historikerstreit am 22. Mai eine seriöse und informative Dokumentation widmete (wenn auch etwas versteckt im „Intellektuellen-Sender“ 3sat; siehe [www.3sat.de](http://www.3sat.de)). In der Welt der politisch korrekten veröffentlichten Meinung nämlich ist Ernst Nolte seit langer Zeit eine persona non grata, sein Name wird meist nur erwähnt, um sich flugs von ihm und seinen Auffassungen zu distanzieren. Dabei gehören Noltés Beiträge zum Verständnis der verhängnisvollen Geschichte des 20. Jahrhunderts zu den am meisten anregenden in der Zukunft, weil sie dazu zwingen, über diese Geschichte in grundsätzlicher Weise nachzudenken.

Vergegenwärtigt man sich die Tatsache, daß Nolte im Gefolge des sogenannten Historikerstreits (der geschichtswissenschaftlich ohne Ertrag blieb, aber die kulturelle Hegemonie der Linken festigen half) die intellektuelle Satisfaktionsfähigkeit abgesprochen, er von Tagungen eingeladen, sein Auto in Brand gesteckt, er selbst körperlich angegriffen wurde, wird man die um Objektivität bemühte Sachlichkeit der Fernsehdokumentation nicht hoch genug schätzen können. Fernab von der für deutsche Debatten dieser Art typischen Hysterie zeichnete die Sendung von Andreas Christoph Schmidt Noltés intellektuellen Weg anhand seiner Bücher vom „Faschismus in seiner Epoche“ über „Deutschland und der Kalte Krieg“, „Marxismus und industrielle Revolution“ bis hin zu „Europäi-

scher Bürgerkrieg“, „Streitpunkte“ und „Historische Existenz“ sowie die mit ihnen verbundenen Kontroversen anhand von Auszügen aus Fernsehdiskussionen nach, ließ Ernst Nolte selbst ausführlich zu Wort kommen und zeigt damit plausibel und anschaulich die Haltlosigkeit des schwersten der damals von Habermas und anderen erhobenen Vorwürfe, Nolte leugne die Singularität des Verbrechens von Auschwitz und verharmlose durch seine Überlegungen die schrecklichen Taten des Nationalsozialismus. Im Nachhinein wird um so deutlicher, daß Noltés Gegner aus politischen Gründen von einem unbedingten Willen zum Mißverständnis beseelt waren, mit rufschädigenden Konsequenzen für Nolte – unbeschadet der für jede wissenschaftliche Auseinandersetzung baren Selbstverständlichkeit, daß man dessen Interpretationen geschichtlicher Zusammenhänge nicht immer folgen wird. Allerdings störten sich manche Kritiker, wie aus dem Film deutlich wird, daran, daß Nolte nicht bereit war und ist, das fragende Denken des Historikers an einer zivilreligiös gesetzten Stelle aufhören zu lassen – was man ihm als Herzenskälte ausgelegt hat. Zwar sind die im Kontext des Historikerstreits ausgesprochenen historischen Vergleichsverbote seit dem Untergang des Sowjetkommunismus intellektuell erledigt, doch erheben die entsprechenden Einseitigkeiten immer wieder ihr Haupt, wenn etwa in der Nachfolge der antifaschistischen Ideologie der DDR-Zeit der 8. Mai 1945 zum Tag der Befreiung stilisiert wird und gegen Historiker wie Hubertus Knabe

polemisiert wird, die auf der Grundlage der Tatsachen ein differenziertes Bild der Lage schildern.

Besonders sei schließlich hervorgehoben, daß mit Filmmaterial unterlegt auch der Bund Freiheit der Wissenschaft, dem Nolte



*Ernst Nolte im Herbst 2004*

gewissermaßen schon vor seiner Gründung angehörte, in der TV-Dokumentation erwähnt wird (Nolte sprach 1970 auf dem Gründungskongreß in Bonn). Im Rückblick sieht er seine Position so: Zwar habe man ihn in den sechziger Jahren eher für einen Linken, seither eher für einen Rechten gehalten, er selbst aber habe sich gar nicht so sehr verändert, vielmehr habe es einen Wandel in der öffentlichen Meinung gegeben, der für die unterschiedliche Wahrnehmung seiner Person verantwortlich zu machen sei.

Ernst Nolte und der Historikerstreit im 3sat-Portrait – eine gelungene Würdigung!

## Bund Freiheit der Wissenschaft

Aufgabe des Vereins, Satzung

Der Bund Freiheit der Wissenschaft setzt sich für die Freiheit der Wissenschaft und die Leistungsfähigkeit der Hochschulen und Schulen ein.

Er wurde am 19. November 1970 in Bad Godesberg gegründet und ist eine überparteiliche Vereinigung zur Verteidigung der Freiheit der Wissenschaft, der Freiheit von Forschung, Lehre und Studium. Auf der Grundlage der freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland und im Bewußtsein der gesellschaftlichen Verantwortung der Wissenschaft setzt sich der Verein unter Ausschluß von parteipolitischen Bindungen zur Aufgabe:

1. die Freiheit von Forschung, Lehre und Studium zu wahren und zu fördern,
2. sich jeder Unterwerfung unter die Machtansprüche einzelner Gruppen oder Interessen zu widersetzen,
3. auf eine Politik zu drängen, die eine stetige Verbreiterung der Bildungschancen mit der Erhöhung der Leistungsmaßstäbe verbindet.

Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch die Durchführung wissenschaftlicher Veranstaltungen und Forschungsvorhaben, Publikationen und Informationen der Öffentlichkeit über die Situation von Hochschule, Schule und Wissenschaft (§ 2 der Satzung). Die vollständige Satzung kann mit dem in diesem Heft abgedruckten Bestellschein angefordert werden.

### Vorstand: Vorsitzende

Dr. Hans Joachim Geisler, Dernburgstr. 53, 14057 Berlin, Tel. (0 30) 322 31 58, Fax über BFW-Büro, E-Mail hgeisler@gmx.de

Oberstudiendirektor Dr. Winfried Holzapfel, An der Ölmühle 16, 47608 Geldern, Tel. (0 28 31) 44 16, Fax (0 28 31) 99 29 72, E-Mail dr.winfried.holzapfel@t-online.de

Professor Dr. Kurt J. Reinschke, Wachwitzer Bergstr. 32, 01326 Dresden, Tel. (03 51) 2 68 61 66, E-Mail kr@erss11.et.tu-dresden.de

### Schatzmeister

Professor Dr. Günter Püttner, Schwerdstr. 3, 67346 Speyer, Tel. (0 62 32) 7 19 97

### Erweiterter Vorstand:

Professor Dr. Wolfgang Dreybrodt, Bekassinenstr. 86, 28357 Bremen, Tel. (04 21) 27 18 79, E-Mail dreybrodt@t-online.de

Oberstudiendirektor Josef Kraus, Fürstenstr. 59, 84032 Ergolding, Tel. (08 71) 6 86 74, Fax (08 71) 63 03 90, E-Mail josef.kraus@landshut.org

Professor Dr. Klaus-Dieter Rosenbaum, Bärenfelsallee 20, Gutshaus Rustow, 17121 Loitz, Tel./Fax (03 99 98) 3 12 93, E-Mail rosen@uni-greifswald.de

Professor Dr. Winfried Schlaffke, Rüdellstr. 10, 50737 Köln, Tel. (02 21) 74 71 59, Fax (02 21) 7 40 52 50, E-Mail w.schlaffke@t-online.de

Professor Dr. Gerd Wechsung, Rosenweg 3, 07751 Cospeda, Tel. (0 36 41) 44 76 73

## Beitrittserklärung

An den Bund Freiheit der Wissenschaft, Bundesgeschäftsstelle Charlottenstraße 65, 10117 Berlin-Mitte

Name, Vorname, Titel

Straße, Hausnummer, PLZ, Ort

wenn gewünscht, zusätzliche Angabe:

Telefon, Fax, E-Mail

Ich möchte dem **Bund Freiheit der Wissenschaft e. V.** beitreten als

- Einzelmitglied zum Jahresbeitrag von 100,- Euro
- Mitglied aus den neuen Bundesländern zum Jahresbeitrag von 75,- Euro
- Berufsanfänger von 50,- Euro
- Schüler/Student zum Jahresbeitrag von 15,- Euro
- Fördermitglied zum Jahresbeitrag von 125,- Euro

**Im Mitgliedsbeitrag ist die kostenlose Zusendung der Zeitschrift „freiheit der wissenschaft“ enthalten.**

Ich sende Ihnen die beiliegende Einzugsermächtigung

Ich zahle meinen Beitrag auf das Konto des Bundes Freiheit der Wissenschaft bei der Deutschen Bank AG Bonn, Kto.-Nr. 0 233 858 (BLZ 380 700 24)

**Mitgliedsbeiträge für den Bund Freiheit der Wissenschaft sind steuerbegünstigt:** Der Bund Freiheit der Wissenschaft e. V. ist wegen Förderung der Wissenschaft und der Volksbildung (entspr. Abschnitt A Nr. 4 der Anlage 1 zu § 48 Abs. 2 EStDV) nach dem letzten uns zugegangenen Freistellungsbescheid des Finanzamts für Körperschaften I von Berlin, StNr 27/661/54861, vom 26. 6. 2003 für die Jahre 2000, 2001 und 2002 nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 des Körperschaftssteuergesetzes von der Körperschaftssteuer befreit, weil er ausschließlich und unmittelbar steuerbegünstigten gemeinnützigen Zwecken im Sinne der §§ 51 ff. AO dient.

Ich bin damit einverstanden, daß meine obenstehenden persönlichen Daten nur für die satzungsgemäßen Zwecke des Vereins elektronisch gespeichert werden.

Ort, Datum, Unterschrift

## Abonnement der Zeitschrift „freiheit der wissenschaft“

(entfällt für Mitglieder und Spender)

An den Bund Freiheit der Wissenschaft, Bundesgeschäftsstelle Charlottenstraße 65, 10117 Berlin-Mitte

Name, Vorname, Titel

Hiermit bestelle ich ein Jahresabonnement zum Preis von 12,- Euro inkl. Porto und Versandkosten. Das Abonnement kann jederzeit gekündigt werden.

Straße, Hausnummer, PLZ, Ort

Ort, Datum, Unterschrift

### Regionalbeauftragte

#### Baden-Württemberg:

Professor Dr. Jürgen Kullmann,  
Panoramastr. 27, 72116 Mössingen,  
Tel. (0 74 73) 57 68 oder (0 74 73) 27 24 68,  
Fax (0 74 73) 2 67 68,  
E-Mail: juergen.kullmann@uni-tuebingen.de

#### Bayern:

Oberstudiendirektor Willi Eisele,  
Kiefernweg 1, 82515 Wolfratshausen,  
Tel. (0 81 71) 41 09 23, Tel. (0 89) 2 33 431 20,  
E-Mail: willi.eisele@gmx.de

#### Berlin und Brandenburg:

Frau Dr. Brigitte Pötter,  
Landauer Str. 6, 14197 Berlin,  
Tel. (0 30) 82 70 27 34, Fax (0 30) 82 70 27 36,  
E-Mail: bpoetter@gmx.de

#### Bremen:

Professor Dr. Wolfgang Dreybrodt,  
Bekassinenstr. 86, 28357 Bremen,  
Tel. (04 21) 27 18 79, E-Mail: dreybrodt@t-online.de

#### Hessen:

Frau Professor Dr. Lilo Süllwold,  
Giuollettstr. 53, 60325 Frankfurt am Main,  
Tel. (0 69) 72 74 92

Privatdozent Dr. habil. Siegfried Uhl,  
Homburger Landstraße 225/I 408,  
60435 Frankfurt am Main,  
Tel. (0 69) 3 89 89-5 57,  
Fax (0 69) 3 89 89-2 33,  
E-Mail: s.uhl@help.hessen.de

#### Mecklenburg-Vorpommern:

Professor Dr. Klaus-Dieter Rosenbaum,  
Bärenfelsallee 20, Gutshaus Rustow, 17121 Loitz  
Tel./Fax (03 99 98) 3 12 93,  
E-Mail: rosen@uni-greifswald.de

#### Niedersachsen:

Wiss. Oberrat a. D. Dr. Hartmut Schustereit,  
Lüner Weg 81, 21337 Lüneburg,  
Tel. (0 41 31) 86 08 46

#### Nordrhein-Westfalen:

Studiendirektor Norbert Schlöder,  
Pater-Delp-Str. 11, 47877 Willich,  
Tel. (0 21 54) 7 02 47,  
Fax (0 21 54) 8 76 84,  
E-Mail: nschloeder@aol.com

#### Sachsen:

Professor Dr. Sigismund Kobe  
Leonhard-Frank-Str. 6, 01069 Dresden,  
Tel. (03 51) 4 71 43 11  
E-mail: kobe@theory.phy.tu-dresden.de

#### Thüringen:

Professor Dr. Gerd Wechsung,  
Rosenweg 3, 07751 Cospeda,  
Tel. (0 36 41) 44 76 73

#### Sektion Berlin-Brandenburg:

Vorsitzender: Dr. habil. Till Kinzel,  
Dortmunder Str. 15, 10555 Berlin,  
Tel. (0 30) 3 92 55 00,  
E-Mail: till.kinzel@gmx.de

#### Abonnement der Zeitschrift fdw

Jahresabonnement für Nichtmitglieder: 12,-  
Euro inkl. Porto und Versandkosten. Für Mitglie-  
der des Bundes Freiheit der Wissenschaft ist der  
Verkaufspreis durch den Mitgliedsbeitrag abge-  
golten. Auch Spender erhalten die Zeitschrift  
kostenlos. Bitte verwenden Sie für ein Abonne-  
ment einfach den beigefügten Abschnitt.

### Mitgliedschaft, Jahresbeiträge

Schüler, Studenten 15,- Euro, Berufsanfänger 50,-  
Euro, Einzelmitglieder 100,- Euro, Fördermitglieder  
125,- Euro, Mitglieder aus den neuen Bundesländern  
75,- Euro.

Mitglieder erhalten die Zeitschrift „Freiheit der Wis-  
senschaft“ und sonstige Veröffentlichungen des BFW  
kostenlos.

Mitgliedsbeiträge sind steuerbegünstigt (s. u.); sie erhal-  
ten ohne Aufforderung eine Spendenbescheinigung.  
Bitte verwenden Sie die beigefügte Beitrittserklärung  
und zur Vereinfachung der Zahlungen am besten auch  
die beigefügte Ermächtigung zum Bankeinzug.

### Spenden

Für Spenden auf das Konto Nr. 0233858, (BLZ  
380 70024) Deutsche Bank Bonn ist der Bund Frei-  
heit der Wissenschaft dankbar. Spenden an den Bund  
Freiheit der Wissenschaft sind steuerbegünstigt  
(s. u.). Sie erhalten ohne Aufforderung eine Spenden-  
bescheinigung. Für regelmäßige Spenden können  
Sie zur Vereinfachung der Zahlungen am besten die  
beigefügte Ermächtigung zum Bankeinzug benutzen.

Der Bund Freiheit der Wissenschaft e. V. ist wegen  
Förderung der Wissenschaft und der Volksbildung  
(entspr. Abschnitt A Nr. 4 der Anlage 1 zu § 48 Abs. 2  
EStDV) nach dem letzten uns zugegangenen Frei-  
stellungsbescheid des Finanzamts für Körperschaf-  
ten I von Berlin, StNr 27/661/54861, vom 26. 6. 2003  
für die Jahre 2000, 2001 und 2002 nach § 5 Abs. 1  
Nr. 9 des Körperschaftssteuergesetzes von der Kör-  
perschaftssteuer befreit, weil er ausschließlich und  
unmittelbar steuerbegünstigten gemeinnützigen  
Zwecken im Sinne der §§ 51 ff. AO dient.

## Bestellschein

An den Bund Freiheit der Wissenschaft,  
Bundesgeschäftsstelle  
Charlottenstraße 65, 10117 Berlin-Mitte

Ich bitte um kostenlose Zusendung

der Satzung des Bundes Freiheit der Wissenschaft e. V.

der letzten Nummern der Zeitschrift Freiheit der Wissenschaft:

März 2005     Juni 2005     September 2005     Dezember 2005

Ich bestelle zum Preis von 7,50 Euro die Broschüre über das 34. Bildungspolitische Forum  
des Bundes Freiheit der Wissenschaft „**Freiheit und Verantwortung in Forschung, Lehre und  
Studium – Die ethische Dimension der Wissenschaft**“ am 27. Februar 2004 in Berlin mit den  
Beiträgen der Referenten.

Ich bestelle zum Preis von 7,50 Euro die Broschüre „**Notizen zur Geschichte des Bundes  
Freiheit der Wissenschaft**“, Dezember 2001.

Für Mitglieder und Spender sind die Broschüren kostenlos.

Name, Vorname, Titel

Straße, Hausnummer, PLZ, Ort

Ort, Datum, Unterschrift

## Vereinfachte Zahlung durch Bankeinzug

An den Bund Freiheit der Wissenschaft, Bundesgeschäftsstelle Charlottenstraße 65, 10117 Berlin-Mitte

Hiermit ermächtige(n) ich/wir den Bund Freiheit der Wissenschaft e.V. widerruflich, die von mir/uns zu entrichtenden Zahlungen bei Fälligkeit zu Lasten meines/unseres  
Kontos mittels Lastschrift einzuziehen. Wenn mein/unser Konto die erforderliche Deckung nicht ausweist, besteht seitens des kontoführenden Kreditinstituts keine  
Verpflichtung zur Einlösung. Teileinlösungen werden im Lastschriftverfahren nicht vorgenommen.

Name, Vorname, Titel

Straße, Hausnummer, PLZ, Ort

Kto.-Nr.

Kreditinstitut

BLZ

- |   |            |
|---|------------|
| <input type="checkbox"/> Jahresbeitrag Einzelmitglied                       | 100,- Euro |
| <input type="checkbox"/> Jahresbeitrag Mitglied aus den neuen Bundesländern | 75,- Euro  |
| <input type="checkbox"/> Jahresbeitrag Berufsanfänger                       | 50,- Euro  |
| <input type="checkbox"/> Jahresbeitrag Schüler/Student                      | 15,- Euro  |
| <input type="checkbox"/> Jahresbeitrag Fördermitglied                       | 125,- Euro |
| <input type="checkbox"/> Jährliche Spende                                   |            |

Ort, Datum, Unterschrift